



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 20.

Berlin, den 18. August 1918.

13. Jahrgang.

Gährende Zeiten.

Berlin, den 13. August 1918.

Die Sphinx des Ostens!

Genosse Ströbel hat in der Sozialistischen Auslandspolitik einen Artikel geschrieben, der an der inneren und äußeren Politik der Bolschewiki schärfste Kritik übt. Ströbels Ausführungen sind in der Sache höchst ansehnlich, sein Artikel ist aber unserer Ueberzeugung nach höchst unzeitgemäß. Die Bolschewikiregierung ist zurzeit von allen Seiten bedroht, gerade jetzt ist die Entwicklung in den Ostfragen in eine undurchdringliche Nebelwolke gehüllt, und wir wissen nicht, was die nächsten Tage uns bringen können. Das planmäßige Zusammenarbeiten der Entente mit dem großen Aufgebot der Tschecho-Slowaken und Gegenrevolutionäre aus allen Lagern, die Schwierigkeiten auf den vielen Kriegsschauplätzen des Bürgerkrieges im Innern, die erbitterte Feindschaft zwischen linken Sozialrevolutionären und Bolschewiki haben allmählich zu einer Zuspitzung der Lage geführt, die äußerlich in der Ueberfiedlung des Herrn Helfferich von Moskau nach Pstow zum Ausdruck kommt. Die gegenwärtige vollständig ungeläuterte Situation läßt eine Annahme Deutungsmöglichkeiten zu. Auf jeden Fall sieht sich die russische Revolution in allen Teilen des ehemaligen Zarenreiches, mag die Lösung ausfallen wie sie will, zwischen dem Mühlstein des Entente-Imperialismus wie dem Imperialismus der Mittelmächte. In einer solchen Situation einer sozialistischen Regierung noch aus den Reihen des internationalen Sozialismus Schwierigkeiten zu machen, halten wir zum mindesten für höchst unzeitgemäß. Denn, mag man zu den Bolschewiki stehen wie man will, mag man ihre innere und äußere Politik für falsch und verderblich halten, das eine steht fest, die Kräfte, die gegen sie von Norden, von Osten und vom Westen im Anmarsch sind, wollen nicht bloß eine zufällige Regierung treffen, sondern ihr Ansturm richtet sich letzten Endes gegen alles, was nur internationaler Sozialismus heißt.

Es läßt sich heute nicht erkennen, welche Pläne den Manövern des Herrn Helfferich zugrunde liegen, und was in den Verhandlungen des Großen Hauptquartiers in bezug auf die Lösung des östlichen Wirrwarrs beschlossen wird. Immerhin läßt das Schicksal der Ukraine in den letzten Monaten mancherlei Schlüsse auf das kommende Schicksal Groß-Rußlands zu. Man wird nicht erwarten können, daß der deutsche Imperialismus seine Wesensart über Nacht ändern wird.

Da ergeben eine Anzahl Äußerungen unserer eingefleischten Imperialisten einen Anhalt über das, was unter Umständen der sozialistischen Republik Rußland bevorstehen kann. So schreibt Herr Bacmeister in der Zeitschrift „Das größere Deutschland“:

„Soll die deutsche Regierung den zielbewußten Bemühungen dieser (englischen) Politik mit verschränkten Armen zusehen, soll sie ruhig warten, bis eine neue Ostfront gebildet ist? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierungen auf die Dauer die Oberhand haben werden, die sich der militärischen Unterstützung Deutschlands erfreuen.“

Und weiter sagt er,

„daß es sich bei der Behandlung der Ostfragen um ein Problem handelt, das, solange der Krieg andauert, eng zusammenhängt mit den Aufgaben, für deren Lösung die Oberste Heeresleitung verantwortlich ist.“

Es geht nicht an, solche Äußerungen mit einer verächtlichen Handbewegung abzutun. Nach dem Sturz Kühlmanns haben die Aldeutschen wieder Oberwasser und sind sicherlich sehr gut über die

Stimmungen in den maßgebenden Kreisen unterrichtet.

Es ist nicht möglich, ausführlich zu erörtern, welche Möglichkeiten die eben erwähnten Sätze aus alldeutscher Feder eröffnen. Ähnliche Gedankengänge liegen sich noch aus zahlreichen anderen Organen der deutschen Machtpolitiker anführen. Das eine aber steht für uns internationale Sozialisten fest, daß der deutsche Imperialismus ein Todfeind der russischen Revolution und des sozialistischen Staatsgebäudes ist, das drüben die Bolschewiki mit heißem Bemühen aufzurichten bestrebt sind. Es ist daher zu befürchten, daß, wenn tatsächlich eine neue deutsche Ostfront zustande käme, auch die Sowjet-Republik auf das schwerste gefährdet würde, selbst wenn die ersten Aktionen sich nicht direkt gegen die bolschewistische Regierung richten würden. Das Schicksal der ersten ukrainischen Rada-Regierung wirkt in diesem Zusammenhang wie ein drohendes Warnungszeichen.

In anderer Stelle dieser Nummer bringen wir den Appell der Bolschewiki-Regierung an das Proletariat der Ententeländer. Wir halten sie für klug genug, um zu erkennen, daß ihr Gefahren nicht nur von dieser Seite drohen. Wir wissen nicht, welche Entscheidung sie treffen wird. Aber mag die Lage noch so verworren sein, für das deutsche Proletariat muß unter allen Umständen feststehen, daß es sich durch keine verwirrenden Ereignisse irre zu machen hat im Kampfe gegen den Imperialismus im eigenen Lande.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wird gesagt:

„Wie die Dinge heute in Rußland liegen, muß man mit einem Ende der bolschewistischen Herrschaft in absehbarer Zeit rechnen.“

Daß die deutsche Regierung dieser Anschauung ist, läßt sich aus Duzenden von ganz- und halb-offiziellen Auslassungen schließen. Das kann aber kein Grund für uns Sozialisten sein, nun auch Scheite mit herbeizutragen, um den Scheiterhaufen aufzurichten gegen eine Bewegung, die, mag sie noch soviel Anzulänglichkeiten aufzuweisen haben, doch von dem leidenschaftlichen Bemühen getragen war, die sozialistische Revolution zum Siege zu bringen und die sozialistischen Ziele in die Praxis umzusetzen. Solange diese Sozialisten um Sein oder Nichtsein kämpfen, hat die Kritik zurückzuhalten. Die Zeit wird kommen, wo die Fehler und Mißerfolge unter die kritische Lupe genommen werden können, um daraus zu lernen für die Kämpfe, die dem internationalen Proletariat noch bevorstehen.

Splitters und Balken.

Die „J. R.“ stellt den oben erwähnten Artikel Ströbels einem in der Frauenbeilage der „L. B.“ enthaltenen Artikel gegenüber, in dem die Maßnahmen der Bolschewiki-Regierung gerechtfertigt werden. Die J. R. leistet sich dabei den zurzeit bei ihr und ihresgleichen stark beliebten Sport, auf den „ganzen inneren Zwiespalt im unabhängigen Lager“ hinzuweisen. Gewiß gehen die Meinungen in bezug auf die Bolschewiki in unseren Reihen stark auseinander. Liegt es doch im Wesen dieser aufgeregten Zeit, daß fast bei allen Problemen leidenschaftliche Zustimmung auf der einen und leidenschaftliche Ablehnung auf der anderen Seite hervorgerufen wird. Aber in dem regierungssozialistischen Lager sollte man sich doch gerade jetzt sehr hüten, nach den Splintern in den Augen der Unabhängigen zu suchen, stattdessen sie im eigenen Auge der Balken genug finden könnten. An allen Ecken und Enden ist bei ihnen jetzt „innerer Zwie-

spalt“ zu entdecken. So herrscht bei ihnen ein aufgeregter Meinungsstreit über die Haltung der abhängigen Fraktion während der letzten Reichstagsperiode. Die Frage der Kreditbewilligung findet in ihren Reihen ebenso leidenschaftliche Zustimmung wie leidenschaftliche Absage. Die Redakteure und Abgeordneten der regierungssozialistischen Partei bemühen sich krampfhaft, die Haltung der Fraktion zu rechtfertigen, aber immer und immer wieder kommen Verträge, aus denen hervorgeht, daß weite Kreise der Anhänger des Regierungssozialismus Geduld und Vertrauen verloren haben. Auf Einzelheiten dieser Auseinandersetzungen einzugehen, ist hier nicht der Raum. Aber ist es, um nur ein Beispiel anzuführen, kein „innerer Zwiespalt“, wenn in der Frankfurter Volksstimme als Antwort auf zahlreiche die Fraktionspolitik rechtfertigende Artikel gesagt ist:

„Und dieses Kleben an einem starren Begriff von Vaterlandsverteidigung, diese Fesselung des eigenen Willens, diese politische Abdankung, die ausschließlich vom Verhalten der feindlichen Regierungen die Hauptabstimmung leiten läßt und dadurch des wesentlichen Einflusses auf die Politik der eigenen Regierung sich begibt: sie soll die Kraft sein, die die Volksmassen erweckt und mitreißt, damit unwiderrstehlich Parteien und herrschende Gewalten in eine bestimmte Richtung gedrückt werden. Brave Untertanen, Männer der Ordnung, die in Heer und Beruf ihre „Staatsbürgerpflicht“ erfüllen, erzieht man so; Männer, die auf festem Entschluß ihre und des Staates Zukunft gestalten, nie!“

Ist es kein innerer Zwiespalt, wenn regierungssozialistische Redner harmlosen Versammlungsbesuchern von den großen Erfolgen des Regierungssozialismus erzählen, vor allem auf sozialpolitischem Gebiet? Während in Wirklichkeit selbst von den Herren Wiffell und Winnig usw. in der „Glocke“ und im „Vorwärts“ erklärt werden muß, daß in bezug auf Sozialpolitik der Reichstag vollständig versagt hat. Und sollen wir noch von dem Kampf reden, der zwischen Lensch und Stampfer tobt, in dem Ausspielen der „Glocke“ gegen den „Vorwärts“ usw.? Ist es kein innerer Zwiespalt, wenn in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ Herr Cohen-Kreuz über seine Fraktion ein Verdammungsurteil fällt, indem er sagt:

„Wie der Reichstag schuld ist an der Verfahrenheit unserer Außenpolitik, so müssen wir innerhalb des Reichstages wieder die Hauptschuld in unserer eigenen Fraktion suchen. Sie hat statt politischer Ziele nur leere Formen gehabt.“

Herr Cohen schreibt das nicht, weil ihm seine Fraktion zu sehr proletarische Politik gemacht habe, sondern weil sie nicht genug englischfresserisch gewesen ist.

Diese paar Beispiele mögen genügen, um darzutun, daß man im Lager des Regierungssozialismus wahrlich keine Ursache hat, über den inneren Zwiespalt der anderen zu spötteln.

Aus der Internationale.

Zur Lage in der Schweiz.

Aus Bern wurde halsbändig gemeldet: Von einem neuen in Basel abgehaltenen allgewählten Landeskongress der schweizerischen organisierten Arbeiterchaft, des Verbandes des Personals der eidgenössischen Eisenbahnen usw. war dem Bundesrat eine Eingabe zugegangen, worin unter Androhung des Generalstreiks im Falle der Nichtbefriedigung der geäußerten Wünsche eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Forderungen gestellt war. Über die meisten Forderungen wurde ziemlich leicht eine Erläuterung erzielt, da die Regierung von sich aus bereits eine Reihe der verlangten Maßnahmen in Aussicht genommen hatte und teilweise bereits durch Kom-

miffionen präsen lieh; so die Schaffung eines abge-
nössischen Ernährungsamtes, eine bessere Verteilung
der vorhandenen Lebensmittelvorräte, Konzeptionierung
des privaten Großhandels, Revision des Arbeitszeit-
gesetzes an den schweizerischen Eisenbahnen zum
Zweck zeitgemäßer Herabsetzung der Arbeitszeit usw.
Die letzten Schwierigkeiten der allgemeinen Verständi-
gung wurden beseitigt durch das Entgegenkommen des
Bundesrats in der Frage der Ausrichtung der zwei-
ten Feuerungszulage für 1918 an das Staatspersonal.
Sämtliche Arbeiter und Angestellte der Staatsbetriebe
erhalten in Berücksichtigung der außerordentlich zu-
nehmenden Teuerung zu den bisherigen Zulagen eine
neue Zulage von 500 Frank und 50 Frank für
jedes Kind, wodurch dem Staat insgesamt für Feuer-
ungszulagen 1918 eine Ausgabe von 100 Millionen
erwächst. Arbeiter- und Personalvertreter erklärten
sich von dem Entgegenkommen des Bundesrats be-
friedigt. Das mit der Organisierung der General-
streikbewegung betraute Komitee teilte heute mit, daß
der Konflikt beseitigt sei und kein Grund zur Er-
klärung des Generalstreiks vorhanden sei.

Aus der französischen Partei.

Ueber die in der vorigen Nummer mitgeteilten
Beschlüsse des französischen Nationalvertreterkongresses der so-
zialistischen Partei wird endgültig auf dem Parteita-
ge entschieden werden, der vom 6.-10. Oktober
in Paris zusammentreten wird. Die Tagesordnung
des Parteitagess ist folgende:

1. Bericht der Zentralorganisa-
tionen: des ständigen Verwaltungsausschusses
(Partei Vorstandes), der Fraktion und der Kontroll-
kommission.

2. Allgemeine Parteipolitik. Na-
tionale Aktion: Landesverteidigung; innere Politik;
der Frieden; Kontrollfälle (Tabelle vom). Inter-
nationale Aktion: Stielingnahme der alliierten So-
zialisten. Internationale Konferenz.

3. Sozialistische Presse: Änderungen
in den Satzungen über die Verwaltung der Presse;
die Frage der „Humanität“; Bericht des Verwaltungsrats
und der Direktoren; die sozialistische Presse und
Mitarbeit an der bürgerlichen Presse.

4. Politische und wirtschaftliche
Neugestaltung Frankreichs: politische
Reformen; wirtschaftlicher Wiederaufbau; Staats-
finanzen und Staatsschulden.

5. Wahl der Zentralkörperschaf-
ten: Parteivorstand; Vertretung im Internationalen
Sozialistischen Bureau; Verwaltungsrat und Direk-
toren des „Humanität“; Kontrollkommission.

Die Sowjet-Regierung an das Proletariat der Ententeländer.

Die „Iswestija“ vom 1. August, das offizielle
Organ der Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees der
Räteregierung, veröffentlicht den folgenden Aufruf an
die Arbeiter Frankreichs, Englands, Amerikas, Ita-
liens und Japans (Wir zitieren nach der J. A.):

Arbeiter!

Wie ein wütender Hund, der sich von der Kette
losgerissen hat, heult die gesamte kapitalistische Presse
Eurer Länder von einer „Einnischung“ Eurer Regie-
rungen in russische Angelegenheiten, schreit mit heiserer
Stimme: „Jetzt oder nie!“ Aber selbst in diesem
Augenblick, wo diese gedungenen Kreaturen Eurer
Ausbeuter alle Masken abgenommen haben und offen
noch einem Feldzug gegen die Bauern und Arbeiter
Ruslands rufen — selbst in einem solchen Augenblick
lügen sie gewissenlos und betrügen Euch schamlos.
Denn in dem Moment, wo sie mit der Einnischung
in russische Angelegenheiten drohen, vollfüh-
ren sie bereits kriegerische Operationen
gegen das Rußland der Arbeiter
und Bauern.

Englisch-französische Banditen erschließen bereits
Rätevertreter auf der von ihnen besetzten Murman-
bahn. Am Ural vernichten sie die Arbeiterräte, lassen
deren Vertreter durch tschecho-slowakische Truppen, die
mit französischem Gelde unterhalten und von fran-
zösischen Offizieren geleitet werden, erschließen. Auf
Befehl Eurer Regierungen schneiden sie dem russischen
Volk die Drozführung ab, um die Arbeiter und Bauern
zu zwingen, sich erneut die Schlinge der Pariser und
Londoner Börsen um den Hals zu legen. Der letzte
offene Ueberfall des französisch-englischen Kapitals auf
die Arbeiter Ruslands vollendet nur den
seit acht Monaten geführten unier-
irdischen Kampf gegen das Rußland
der Räteregierung. Vom ersten Tage der
Oktoberrevolution, von dem Augenblick an, wo die
Arbeiter und Bauern Ruslands erklärten, daß sie
nicht mehr willens sind, eigenes und fremdes Blut
für die Interessen des eigenen und des fremden Ka-
pitals zu vergießen, von dem ersten Tage an, wo sie
ihre Ausbeuter zu Boden warfen und Euch auf-
forderten, das gleiche zu tun, der Völkerschächtereien
und der Ausbeuter ein Ende zu machen — von
dem Augenblick an schworen Eure Ausbeuter, daß
sie dieses Land, dessen Arbeiterklasse zum ersten Mal
in der Geschichte der Menschheit versucht hatte, das
Joch des Kapitalismus abzustreifen und sich aus der
Schlinge des Krieges zu befreien, vernichten würden.
Eure Regierungen unterstützten gegen das Rußland
der Arbeiter und Bauern dieselbe ukrainische
Kadava, die sich dem deutschen Imperialismus ver-
kauft hat und die deutsche Balonette gegen ukrainische
Bauern und Arbeiter zu Hilfe rief. Sie unterstützten
die rumänische Diktatur, dieselbe Olig-
archie, die durch Angriffe gegen unsere Südwestfront
die Verteidigungsfähigkeit Ruslands zu vernichten
hofft. Ihre Agenten lauerten gegen bar denselben
General Kravtchov, der gegenwärtig Hand in Hand
mit dem deutschen Militär versucht, Rußland von der
Doncker Kohle und vom Kubanischen Brot abzu-
schneiden, um Rußland zu einem wehrlosen Opfer

des deutschen und russischen Kapitals zu machen. Sie
haben materiell und moralisch die Partei der
rechten Sozialistenrevolutionäre unter-
stützt, diese Partei von Verrätern an der Revo-
lution, die mit Waffen in den Händen sich gegen die
Arbeiter- und Bauernregierung erheben.

Als jedoch alle ihre Anstrengungen zu nichts
führten, als offenbar wurde, daß gedungene Ban-
diten eine ungenügende Kraft darstellen, beschloßen
sie, auch Euer Blut zu opfern. Sie gehen offen gegen
Rußland vor und führen die Kräfte der Arbeiter und
Bauern Frankreichs und Englands ins Treiben.

Ihr, die Ihr für die Interessen des Kapitals
an der Marne und Aisne, auf dem Balkan, in
Syrien und Mesopotamien Euer Blut vergießt, müßt
auch noch in den Schneefeldern von Nordfinn-
land und in den Bergen des Ural
sterben.

Im Interesse des Kapitals sollt
Ihr zu Helfern der russischen Ar-
beiterrevolution werden.

Um diesen Kreuzzug gegen die russische Arbeiter-
revolution zu verdecken, erklären Euch die Kapitalisten,
daß dieser Feldzug nicht gegen die
russische Revolution unternommen
werde, daß dies ein Kampf gegen den
deutschen Imperialismus sei, dem wir
uns angeblich verkauft hätten. Die Verlogenheit und
Heuchelei, die in dieser Behauptung liegt, wird
jedem von Euch klar, wenn Ihr die folgenden Tat-
sachen gegenüberstellt: 1. Wir waren gezwungen, den
Brest Frieden, der Rußland in Stille reißt, nur
deshalb zu unterzeichnen, weil Eure Regierungen,
die genau wußten, daß Rußland weiterzukämpfen
nicht imstande war, internationale Friedensverhand-
lungen abzulehnen, bei denen die Macht Eurer Regie-
rungen Rußland gerettet und Euch einen annehmbaren
Frieden beschert hätte. Nicht Rußland,
das seit dreiundneinhalb Jahren ver-
blutete, hat Euer Sache verraten,
wohl aber haben Euer Regierungen
Rußland dem deutschen Imperialis-
mus ausgeliefert. 2. Als wir genötigt waren,
den Brest Frieden zu schließen, weil unsere Volks-
massen nicht imstande waren, weiterzukämpfen, und
als die Agenten Eurer Regierungen sich fündig be-
mühten, uns erneut in den Krieg hineinzuzerren,
und uns zu überzeugen suchten, daß Deutschland uns
nicht gestatten würde, in Frieden mit ihm zu leben,
da entgegnete ihnen unsere Presse: Wenn Deutsch-
land den Frieden, den wir mit so großen Opfern
erkaufte haben, verletzen und die Hand gegen die
russische Revolution erheben sollte, werden wir uns
zur Wehr setzen. Wenn die Verbündeten uns in un-
serem heiligsten Werk der Verteidigung unterstützen
wollen, so mögen sie uns helfen, unsere Bahnen in
Stand zu setzen, unser Wirtschaftsleben zu ordnen,
denn ein wirtschaftlich schwaches Rußland ist nicht
imstande, sich ernstlich zu verteidigen. Die Verbün-
deten ließen diese unsere Bitten jedoch unbeant-
wortet. Sie dachten nur daran, wie sie aus uns
die Zinsen für die alten Anleihen herauspressen
könnten, die das französische Kapital dem Zarisismus
geliehen hatte, um ihn in den Krieg hineinzuziehen.
Zinsen, die das russische Volk schon längst durch ein
Meer von Blut und durch Berge von Leichen abge-
tragen hat. 3. Die Verbündeten haben uns nicht
nur in keiner Weise bei der Neuanschaffung unserer
Wehrkraft unterstützt, sie waren, wie wir oben ge-
zeigt haben, mit allen Kräften bemüht, unsere Verbrä-
uchlichkeit zu untergraben durch Förderung des inneren
Zerfalls und durch Abschneidung der letzten Getreide-
vorräte. 4. Die Verbündeten haben uns vor der
Einnahme der sibirischen und der Murmanbahn durch
die Deutschen gewarnt. Diese beiden letzten Eisen-
bahnstrecken, die uns unmittelbar mit der Außenwelt
verbinden, liegen nicht im Bereich der deutschen Kon-
trolle. Im Resultat haben diese Dro-
hungen jedoch nicht die Deutschen bescheit,
die dies wegen der großen Entfer-
nung nicht haben tun können, sondern
die tapferen Verbündeten. Im Mur-
mangebiet und in Sibirien kämpfen
sie nicht gegen die Deutschen, die es
dort nicht gibt, sondern gegen die
russischen Arbeiter, wobei sie die
Arbeiterräte überall vernichten.

Alles, was die Presse Eurer Kapitalisten und
deren Agenten Euch vorträgen zur Rechtfertigung
des barbarischen Ueberfalls auf Rußland, ist eine
einzige große Heuchelei, die dazu dienen soll, den
Kern der Frage zu verdunkeln. Andere Zwecke
verfolgen sie bei ihrem Feldzug gegen Rußland. Drei
Ziele haben sie sich gesetzt. Ihr erstes Ziel ist,
möglichst große Gebiete Ruslands
an sich zu reißen, um durch die dort
befindlichen Reichtümer und Eisen-
bahnen, die Zinsen für die Anleihen
des französischen und englischen Kapitals sicherzu-
stellen. Ihr zweites Ziel ist, die Arbeiter-
revolution zu zerretzen, damit Ihr Euch
nicht an ihr begeistert, damit Ihr aus der Revolu-
tion nicht lernt, wie man sich vom Joch des Ka-
pitalismus befreien kann. Ihr drittes Ziel ist die
Schaffung einer neuen Ostfront, um
die Deutschen von der Westfront auf russisches Gebiet
hinüberzuziehen.

Die Agenten Eurer Kapitalisten erzählen Euch,
daß hierdurch der auf Euch lastende Druck der deut-
schen Truppen vermindert werde und der Sieg über
den deutschen Imperialismus beschleunigt werden
würde. Sie lügen: Sie konnten Deutschland nicht
besiegen, als die große russische Armee socht, die den
Verbündeten die numerische Ueberlegenheit sicherte.
Um so weniger werden sie jetzt auf dem Schlachtfelde
zu liegen imstande sein, wo das russische Heer erst im
Entstehen begriffen ist. Der deutsche Im-
perialismus kann nur besiegt werden,
wenn der Imperialismus aller
Staaten durch gemeinsames Vor-

gehen des Proletariats der ganzen
Welt besiegt werden wird. Der Weg,
der dahin führt, ist nicht die Fortsetzung, sondern
die Beendigung des Krieges. Erst dann werdet Ihr
die deutschen Arbeiter die Furcht vor der frem-
den Bourgeoisie und ihren Anreizungsgelüben ver-
lieren. Beendigung des Krieges unter den Völkern,
damit durch den internationalen Bürgerkrieg, den
Krieg der Ausbeuteten gegen die Ausbeuter, der
großen sozialen und nationalen Ungerechtigkeiten ein
Ende bereitet werden kann. Die Bemühungen, Ruß-
land in den Krieg zu verwickeln, werden Euch nicht
vor Blutvergießen schützen. Sie können nur bewirken,
daß die russischen Arbeiter, die russische Arbeiter- und
Bauernrevolution vom Schwerte getroffen werden, was
niemand sehnlicher herbeiwünscht, als die Führer der
deutschen Militärpartei, die als nahe Nachbarn der
russischen Revolution deren zündende Funken fürchten.
Indem Ihr bei der verbrecherischen
Verschwörung gegen Rußland das
willige Werkzeug Eurer Regierun-
gen bildet, werdet Ihr, Arbeiter
Frankreichs, Englands, Amerikas
und Italiens, zu Helfern der rus-
sischen Revolution.

Die Nachkommen der Kommandos als
Helferhelfer eines Gallieset — das
ist die Rolle, die Euch, Arbeitern Frankreichs,
Eure Herren zugebracht haben.

Die Söhne der englischen Arbeiter, die sich
einmütig erhoben haben, als die englischen Texti-
labarone den amerikanischen Sklavenhändlern zu Hilfe
eilen wollten, sollen Helfer der russischen Revolution
werden! Diese Schmach wollen Euch Eure regieren-
den Männer bereiten.

Ihr, die Ihr stets den Despotismus des Zari-
smus gehaßt habt, Ihr sollt auf Befehl der Truf-
magnaten helfen, in Rußland einen neuen Zarisismus
zu schaffen — das ist, worum es sich handelt, Ar-
beiter Amerikas!

Euch, die Ihr mit Enthusiasmus jede Aeußerung
des proletarischen Befreiungskrieges verfolgt habt,
Euch, Arbeiter Italiens, will man zu Teil-
nehmern an dem gegenrevolutionären Feldzug gegen
das Rußland der Arbeiter machen!

Das arbeitende Rußland streckt
Euch, Proletariat der verbündeten
Länder, die Hand entgegen!

Diese Leute, deren Hände von dem Blut der
Arbeiter in Ken, Samara, Tomsk besudelt sind, dem
Blute jener Arbeiter, die auf Befehl der Leiter der
an der Murmanlinie gelandeten Truppen, der Leiter
des tschecho-slowakischen Aufstandes erschossen worden
sind — diese selben Leute schreien, wir hätten
auf Befehl Deutschlands das Band,
das uns mit den Völkern Frankreichs
Englands, Italiens, Amerikas und
Belgiens verbindet, gelöst.

Wir haben allzulange in Ruhe die Verhöhnung
des Rußlands der Räteregierung durch die Vertreter
des verbündeten Imperialismus ertragen. Wir ge-
stattenen ihnen, die einst die Stiege des Za-
risismus geleitet haben, in Rußland zu bleiben,
obgleich sie die Arbeiterregierung nicht anerkannten.
Wir ergriffen keine Repressivmaßnahmen gegen sie, ob-
gleich bei jeder gegen uns gerichteten revolutionären
Verschwörung die Hand ihrer Militärmissionen zu
merken war. Und auch jetzt noch, wo französische
Offiziere sich an der Spitze der tschecho-slowakischen
entpuppten, wo der Unluf im Murmangebiet begann,
auch jetzt noch haben wir nicht mit einem Wort ge-
gen die Anwesenheit Eurer Diplomaten auf dem
Territorium des von ihnen nicht anerkannten Ruß-
lands der Räteregierung protestiert. Wir forderten
nur ihre Ueberriedelung von Wologda nach Moskau,
um sie gegen Anschläge von Seiten zu schützen, die
durch ihre verbrecherischen Nachenschaften auf das
äußerste erregt sind. Wir taten dies alles nur, um
ihnen nicht die Möglichkeit zu geben, Euch zu er-
zählen, daß wir mit Euch brechen. Auch jetzt nach
der Abreise der Gesandten der Verbandsmächte wird
den friedlich bei uns lebenden Bürgern Eurer Län-
der, die die Befehle der Arbeiter- und Bauernrepublik
befolgen, kein Haar gekrümmt werden. Wir sind
überzeugt, daß, wenn wir jeden Schlag seitens der
„verbündeten“ Eroberer mit zwei Schlägen beant-
worten würden, Ihr hierin nicht nur eine Handlung
gerechtfertigter Zurückweisung, sondern auch eine Ver-
teidigung Eurer eigenen Interessen erblicken würdet,
denn die Rettung der russischen Revolution liegt im
gemeinsamen Interesse der Proletariat aller Länder.
Wir sind überzeugt, daß jede Maßnahme gegen solche,
die auf russischem Boden Pläne gegen die russische
Revolution schmieden, von Euch mit der größten
Sympathie begrüßt würde, denn diese Anschläge sind
ebenfalls gegen Euch wie gegen uns gerichtet. Gezwun-
gen gegen das verbündete Kapital zu kämpfen, daß
neben den Ketten des deutschen Imperialismus uns
noch neue Ketten auferlegen will, appellieren wir
an Euch:

Es lebe die Solidarität der Arbeiter aller
Länder!

Es lebe die Solidarität des französischen, eng-
lischen, amerikanischen und italienischen Proletariats
mit dem russischen!

Nieder mit den Räubern des internationalen
Imperialismus! Es lebe die internationale Revo-
lution! Es lebe der Völkerrfrieden!

Im Namen des Rates der Volkskommissare:

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare:
gez.: W. Wlanow (Lenin).

Der Volkskommissar für äußere Angelegenheiten:
gez.: G. Tschitscherin.

Der Volkskommissar für das Kriegsweesen:
gez.: L. Trozki.

Auf dem zweiten Kongreß der Sowjets des
Nordwestes in Petersburg, der vom Vorsitzenden
des Sowjets, dem Volkskommissar des Nordgebietes,

Sinowjew, eröffnet wurde, hielt Trotski, der mit großer Begeisterung empfangen wurde, eine Rede, in der er den augenblicklichen Zustand der Sowjet-Republik schilderte: Wir müssen uns klar werden, daß der Zustand der Tschecho-Slowaken keine Empörung einiger Tschecho-Slowaken ist, sondern ein Feldzug der französischen und englischen Imperialisten gegen die Sowjet-Republik. Trotski wies auf den zweifellosen Zusammenhang des Aufstandes der Tschecho-Slowaken mit der Landung der Engländer am Murman hin. Unsere roten Gardisten ahnen nicht die große Gefahr des tschecho-slowakischen Aufstandes, der von den allierten Imperialisten geleitet wird. Deshalb haben wir beschlossen, nach dem Urteil unserer besten Genossen zu schließen, die mit den roten Gardisten das Glend des Kampflebens teilen und sie retten sollen. Wir hegen große Hoffnungen auf das rote Petersburg des Nordgebietes. Es soll der Front die Arbeiter geben, die dort fehlen. Am Schluß sagt Trotski: Ich zweifle gar nicht daran, daß wir siegen werden, aber wir haben nicht das Recht dazu, den Sieg zu verschieben und unsere Frauen, Mütter und Schwwestern hungern zu lassen, da das Brot, das im Ural vorhanden ist, wegen des tschecho-slowakischen Aufstandes nicht transportiert werden kann. Ich bin nicht des feierlichen Kongresses wegen hierhergekommen, sondern um Alarm zu schlagen und zu sagen: Alle nach dem Osten, das Vaterland ist in Gefahr. Wir schwören, es bis zum letzten Blutstropfen zu schützen. (Allgemeiner Beifall.) Nach der Rede Trotskis machte Sorin den Vorschlag, die Resolution, die vom 5. Sowjet-Kongress in Moskau beschlossen worden ist, debattelos anzunehmen. Darauf gab Grewow, Mitglied der linken sozialrevolutionären Partei, bekannt, daß die linken sozialrevolutionären sich der Revolution der Kommunisten anschließen.

Aus dem Lager der Regierungssozialisten.

Die Haltung des „Vorwärts“ liegt selbst seinen Anhängern im Magen. Das kann auch gar nicht anders sein. Wer seine Politik nicht auf Grundsätze, sondern auf den Augenblick einstellt, muß hin- und herschwanke, wie das Rohr im Winde. Das versteht allerdings Herr Stampfer im „Vorwärts“ meisterhaft. Er versteht es, heute so und morgen anders zu schreiben, wie es gerade in den Kram paßt. Und weil der „Vorwärts“ immer noch versucht, so zu tun, als wolle er seine politische Haltung noch etwas mit sozialistischen Gesichtspunkten in Einklang bringen, wird er von denjenigen, die ganz offen für eine annexionsistische Politik eintreten, öfter angeekelt.

In der Nummer 16 der „Kloke“ vom 20. Juli beschäftigt sich Herr Lensch, ehemaliger Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, in einem Artikel „Rühlmanns Ende“ mit dem „Vorwärts“. Lensch, der Nachbeter und Nachschreiber des Imperialisten und Englandstessers Paul Rühlmann, stellt sich hinter die Erklärung des Reichskanzlers Herling und sagt über Belgien: Belgien darf nach diesem Kriege weder in wirtschaftlicher noch in militärischer Hinsicht ein Aufmarschgebiet unserer Feinde werden. In dieser Hinsicht deckt sich die Erklärung Herlings vollkommen mit den Wünschen der deutschen Sozialdemokratie, wie sie in der bekannten Stockholmer Denkschrift niedergelegt sind.

Wer die Dinge verfolgt hat, weiß, daß der Reichskanzler bald nach seinem Erkennen im Reichstage anlässlich seines Besuches in Belgien sich in bezug auf die Stellung der Blumen und Balkonen in einer Weise geäußert hat, die durchaus nicht mit einer vollständigen Aufgabe Belgiens und der Selbstbestimmung des belgischen Volkes in Einklang zu bringen ist. Und weil Stampfer mit dem „Vorwärts“ dem annexionsistischen Flügel seiner Parteifreunde noch im Wege ist, weilt Lensch gegen die journalistische Behandlung, die die Rühlmannreise im „Vorwärts“ erfahren hat. Der „Vorwärts“ habe die Frage völlig vom Standpunkt der Massenagitation behandelt, es habe davon gesprochen, daß im Ausland der Kriegsanatismus lediglich Fassade, daß man in Wahrheit dort friedliebend sei und er habe die Situation so dargestellt, als ob für die Sozialdemokratie die Ablehnung der Kriegskredite die selbstverständliche Sache von der Welt wäre. Und weil die Fraktion den Krediten zugestimmt habe, müsse natürlich bei einer derartigen Behandlung der Dinge den Massen der Partei diese Zustimmung unbegreiflich sein.

Und dann fährt Lensch fort: „Der „Vorwärts“ ist, was die politische Auffassung der wichtigsten Situationen angeht, zum größten Teil lediglich das Privatorgan Stampfers, der Vorstand habe sich leider nicht den politischen Einfluss auf das maßgebende Parteiorgan gesichert, der absolut notwendig ist, soll die Partei nicht schweren Schaden leiden. Das kam in der letzten Sitzung der Reichstaatsfraktion zum elementaren Ausdruck, und ersichtlich war es der Vorstand selber, der unter lebhafter Zustimmung der gesamten Fraktion die Haltung des „Vorwärts“ als „verhängnisvoll“ und „schändlich“ für die Partei bezeichnete und Besserung in Aussicht stellte.“

Lensch begrüßt das aus vollem Herzen. Bezeichnend ist es, daß die Fraktion und der Vorstand selber die Haltung des „Vorwärts“ als verhängnisvoll und gefährlich bezeichnet haben. Das weist auf eine Entwicklung der Regierungssozialisten noch weiter nach rechts hin, einer Entwicklung, die naturgemäß eintreten muß. Die imperialistische Politik der Lensch, David und der Leute um die Generalkommission triumphierte.

Den Regierungssozialisten ist jetzt überhaupt nicht recht wohl. Es kriselt bei ihnen überall. Und was die Hauptsache ist: die Arbeiter, die ihnen noch anhängen, sagen Valet. Sie erkennen die Täuschungsmanöver der Scheidemänner immer klarer, sie sehen, daß diese Politik nicht im Interesse der Arbeiter liegt und sie lehren ihnen den Rücken.

Groß-Berliner Chronik.

Wir haben es herrlich weit gebracht. Das hat wieder einmal die in Berlin veranstaltete Modewoche klar erwiesen. Da zerbricht sich der gewöhnliche Sterbliche den Kopf, wie er zu einem Bekleidungsstück kommt, wenn er sich ein lumpiges Bekleidungsstück besorgen will, und wenn er einen Schein hat, sieht er einige Male in sein Portemonnaie, um festzustellen, ob der Betrag auch zum Ankauf reicht. Wer viel Geld hat, braucht sich diese Sorgen nicht zu machen. Man lese nur, was über die Modewoche geschrieben wird.

Das, was im vornehmen Westen in der Budapester, Bellevue- und Vennestraße geschaffen und im Hausvogtei-Platz-Quartier erfunden wurde, wird die Wintermode in Mittel- und Nordeuropa sicher entscheidend beeinflussen. Man rechnet besonders auf viele Güte aus Neutralitäten, da die Pauschierigkeiten erleichtert wurden.

Das Kennzeichen der Wintermode 1918/19 ist die schlanke lange Form. Schick und Eleganz liegen im Schnitt, nicht in der reichen Garnierung. Die Grundform ist meist einfach, die Röcke eng, 1,80 bis 2 Meter weit, und ziemlich lang. An den Jackenkleidern sind die Jaden etwas länger, oft vertritt ihre Stelle ein langer Paletot. Es werden dazu alle Volkstoffe verarbeitet, die vorhanden sind, vom feinsten Wolltweed bis zum rauhen Homespun und schweren Perrentuch.

Ueberhaupt ist es charakteristisch für die heutige Mode, daß sie, aus der Not eine Tugend machend, alle vorhandenen Stoffe verarbeitet und so die schlichte Form durch die Verschiedenheit des Materials unendlich abwechslungsreich gestaltet. Sehr originell wirkt z. B. ein Straßenkleid aus gepresstem und gefärbtem Pflisch, in Farbe und Zeichnung täuschend dem Leopardenfell nachgebildet. Der lange Paletot hatte als Umrandung, als Krage und Manschetten Hobelfell, aus gleichem Fell war der kleine Hut, mit breitem Aufschlag aus roher Leinwand und Reibersamud. An den Nachmittags- und Abendkleidern, die aus Taffet, Seidengabardine, Seidentrifot gefertigt werden, ist das häufig getragene Ueberkleid meist aus Chiffon oder Crepe de Chine und mit Handstickerei verziert. Farbige Stickerei befecht auch die ganz schlichten Kleider. So wirkte ein dunkelblaues Seidenkleid sehr hübsch, dessen Ueberkleid aus schwarzer Seidengaze in leichten Stichen mit blauen Arabesken bestickt war.

Für Abendkleider wird vielfach gefalteter duffiger Stoff verwendet. Sehr elegant sind pliffierte Kleider aus schwarzem Tüll mit reicher Perlstickerei.

Auch für prunkvolle Festgewänder hat man sich gekümmert, wenn sie auch wohl meist in Neutralitäten getragen werden. Hier behauptet sich die lange spitze Schleppe. An einem Kleid mit eng am unteren Rande gerastem Rock aus rosa und schwarz breit gestreiftem Satin Duchesse, war sie aus schwarzem Samt und die offenen schwarzen Tüllärmel schleppten ebenfalls. Ein sehr wirkungsvolles Festgewand aus Goldgaze mit durchscheinendem orangefarbenen Unterkleid, an dessen Halsauschnitt schwarze Perlschnüre herabrieselten, hatte ebenfalls die lose hängende, spitze Schleppe.

Für Mäntel wird wieder sehr viel Fell getragen, und zwar Maulwurf, Fiam und Kanin, die sehr teuer sind wie früher kostbares Pelzwerk. Höchster Schick ist ein Breitschwanzmantel, der die Kleinfelleit von 18 000 Mark kostet. Bevorzugt für Pelzmäntel ist eine glatte, enge Form. Ganz neu sind kapartige Pelzerinnen aus Fell. Auch Pflischmäntel werden viel getragen werden. Die Mäntel haben als Befestigung sehr breite Pelzkrage und breite Manschetten. In der Taille werden die Mäntel oft mit einer Schärpe geschlossen. Ein sehr eleganter Abendmantel aus gelben Spitzen auf schwarzem Grund war mit zwei breiten Hermelinstreifen besetzt.

Die Hüte erscheinen teils in kleiner Toque- und Barettform mit Kopf aus Fell, teils sind sie groß mit breitem Rand, der hinten ganz schmal abbricht. Als Auszug werden viel Heiber getragen, aber auch die alte, pompöse Straußfeder kommt wieder zu Ehren.

Ist das nicht großartig, was da von unseren deutschen Modemachern erdacht worden ist, erdacht worden für Frauen und Töchter der Leute, denen es aufs Geld nicht ankommt? Wer also aufs Geld nicht zu sehen braucht, kann im Kriege nicht bloß gut leben, sondern sich auch schick kleiden — trotz Bezugschwäche. Und fehlt es an „Nisch“, auch auf dem Gebiete der Mode wird Neues, Elegantes erdacht. Nur Geld muß man haben, Kriegsgewinnler muß man sein! Dann kann man auch mit der Bekleidung durchhalten. Da kommt die Bekleidungsstelle mit ihren Verordnungen nicht heran.

Die Karle Erhöhung des Brotpreises auf 97 Pfennige für die kommende Wochenration von 1850 Gramm ist so hoch, daß sie allenthalben nicht verstanden wird. Der hohe Preis wird damit begründet, daß alle an der Herstellung des Brotes und an dem Transport des Mehles Beteiligten die Gelegenheit benutzen, um für sich besondere Vorteile herauszufischen. Ob die Kommunalbehörden hierbei nicht auch noch ein besonderes Geschäftchen zu machen suchen, ist nicht bekannt, wird aber stark angenommen.

Aus den Organisationen.

Kreis Nieder-Barnim. Wir verweisen nochmals auf den Beschluß der Kreis-Generalversammlung, wonach vom 1. April cr. ab jedes Mitglied pro Monat 10 Pf. Extrabeitrag zum Wahlfonds zu zahlen hat; der Beitrag beträgt mithin ab 1. 4. für männliche 60 Pf. und für weibliche Mitglieder 40 Pf. pro Monat.

Mit Parteigruß

Der Kreisvorstand.

5. Wahlkreis. Sonntag, den 18. August veranstalten die Genossinnen des Kreises einen Familien-Ausflug nach dem „Alten Freund“ in Pichelswerder. Treffpunkt 1 Uhr mittags an der Berolina auf dem Alexanderplatz. Abfahrt Bahnhof Alexanderplatz 1.30 In Charlottenburg umsteigen, von da ab 2.24 nach Pichelsberg. Regere Beteiligung wird erwartet.

Aldershof. Am Sonntag, den 18. August findet in „Malkins Lustgarten“ ein Gewerkschaftsfest, bestehend aus Konzert, Gesang, turn. Aufführungen sowie Ausf. des Berl. Ull-Trios statt. Es ist das erste Fest während des Krieges, welches die organisierten Arbeiter von Aldershof veranstalten. Da wir für reichste Unterhaltung gesorgt haben, bitten wir um zahlreichen Besuch. Die Arbeiterschaft von Alt-Glehnitz, Grünau, Dohmsdorf, Niederschöneweide, Johanniskirch, Baumshuldenweg ist hiermit freundlichst eingeladen.

Das Gewerkschaftsstell von Aldershof.

Schöneberg. Am Sonntag, den 18. August findet ein Familien-Ausflug nach Grünwald-Schlachtensee statt. Treffpunkt nachmittags 1 1/2 Uhr Bahnhof Großgörschenstraße. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Pichelsberg. Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir einen Stenographiekursus für Jugendliche eingerichtet haben. Jedoch können auch Erwachsene daran teilnehmen. Der Unterricht beginnt am 5. September, abends 7 Uhr, und findet jeden Donnerstag statt.

Der Unterricht ist unentgeltlich und findet im Jugendheim, Döfestr. 11, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Bezirksleitung.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 18. August, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15-17; Neukölln, Ibeallastino, Weichselstraße 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 43 bei D. Pamp; Freireligiöse Vorlesung, 10 1/2 Uhr: Kleine Frankfurterstr. 6, Vortrag von Herrn Ernst Däumig, Wanderungen durch die Kirchengeschichte. 20. Unsere Waffen gegen Glaubenszwang und Kirchenmacht. Gäste willkommen.

Evangel. Familien-Ausflug. Am Sonntag, den 18. August veranstaltet der Sozialdemokratische Ortswahlverein der U. S. P. D. einen Familienausflug nach dem Lokal von Freund, Pichelswerder. Dort gemütliches Beisammensein mit den Genossen aus dem dritten Berliner Wahlkreis. Für gute Unterhaltung ist bestens gesorgt. Treffpunkt um 2 Uhr nachmittags im Lokal von Bindt, Pichelsdorferstraße 5. Um rege Beteiligung der Genossen und Genossinnen sowie Freunde des Wahlvereins ersucht Der Vorstand.

Quittung.

Für die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands gingen in der Zeit vom 8. Juli bis 2. August bei dem Unterzeichneten ein:

D. Chemnitz 82,82 Mk., W. Liegnitz 5 Mk., P. D. München 12 Mk., M. B., Wittmund 200 Mk., Z. Breslau 81,20 Mk., Jena 21 Mk., L. Falkenberg 6,40 Mk., U. A. im Felde 2 Mk., R. Passau 6 Mk., S. Chemnitz 86,86 Mk., Sch. Arnstadt 85,85 Mk., H. Lemgo 18,05 Mk., München 27 Mk., E. Schaffenburg 29,83 Mk., Z. Magdeburg 176,82 Mk., R. Nürnberg 173,22 Mk., Do. Weidner 1,40 Mk., Feing. Berlin 5.— Mk., R. Seidingsfelde 28,05 Mk., W. Hannover 11,04 Mk., R. Böttingen 20 Mk., Z. J. Schönebeck 9 Mk., G. Rotteln 14,42 Mk., F. Danzig 135 Mk., R. Jena 42 Mk., G. Bernstein 500 Mk., Ch. Forchheim 5 Mk., F. Danzig, für Kolbing 46,20 Mk., statt Ludendorff-Spende: Wotto: Kriegspostverf. ist gut; Kriege verhindern ist besser, 200 Mk., L. München 68,26 Mk.

In der letzten Quittung muß es statt L. Königsberg 55,50 Mk. heißen: „55,50 Mk. von Tüfter Genossen gesammelt.“

Für Unterstützungswecke gingen bei dem Unterzeichneten ein: Von B. P., Rudenwalde 104,50 Mk., Z. Breslau 68,30 Mk., J. Potsdam 10 Mk., Schwabe Broden G. B. 29 Mk., durch W. Kachen 76 Mk.

Ernst Däumig,

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof 3 Tr. (Postfachkonto Nr. 32287.)

Achtung! Former u. Berufsgenossen!

Am Donnerstag, den 22. August 1918, abends 7 1/2 Uhr, im „Kösliner Hof“, Kösliner Straße 8:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Eisengießereien. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Branchenkommission der Former und Berufsgenossen.

Arbeiter-Stenographen-Berband Stolze-Schrey.

Neuer Anfänger-Kursus.

Beginn am 21. August, abends 8 1/2 Uhr im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstr. 44.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Erlern die Stenographie!

Die Stenographie ist keine Spielerei, keine Geheimchrift und keine Kunst, sie ist ein Werkzeug der Kultur, jeder Fortwärtstrebende kann sie nicht entbehren. Darum Arbeiter, Arbeiterinnen, erlernt die Stenographie, mehrt Euer Wissen, macht Euch kampfbereiter für Eure Interessen.

Das Kursusgeld beträgt einschließlich der Lehrmittel für Teilnehmer unter 18 Jahren 4,50 Mark, über 18 Jahre 6 Mark.

Die Anmeldung erfolgt am ersten Abend im Unterrichtslokal. Nur in Ausnahmefällen werden auch am 2. Abend noch Anmeldungen angenommen. Federhalter mit Feder ist mitzubringen.

Der Bildungs-Ausschuss.

Dankagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Bestattung unseres lieben Sohnes und Bruders Paul sagen wir allen unseren Freunden herzlichsten Dank.

Familie Garbe.

Männer- u. Frauenchor „Ost“ (M. d. D. M. S. V.)

Vereinigung z. Pflege des volkstümlichen Chorgesanges für Frauen und Männer der Arbeiterklasse.

Übungsabende:

Für Frauen: am Dienstag v. 9-11 Uhr. Für Männer: am Freitag v. 9-11 Uhr.

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11-13.

Staubbegabte Damen und Herren werden freundlichst um Beitritt ersucht.

Am 16. Juli 1918 fiel als ein Opfer des Völkerringens durch einen Granatschuß mein lieber Freund

Richard Rehbock

im Alter von 28 1/2 Jahren.

Lucie Gottschar.

Am 4. August 1918 verschied nach langer, schwerer Krankheit im Kriegslazarett mein innigstgeliebter, herzogutiger Mann, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

Hans Zimmerlich

im 26. Lebensjahr. Er folgte seinem Bruder Erich nach 8 Jahren in den Tod.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Gertrud Zimmerlich geb. Fischbach, als Frau.

Gustav Zimmerlich nebst Frau, als Eltern.

Paul Fischbach nebst Frau, als Schwiegereltern.

Willi Zimmerlich, als Bruder.

Erich und Willi Fischbach, als Schwager.

Berlin, den 12. August 1918.

Lochenerstr. 26, II.

Die Beerdigung fand am 7. August, vormittags 11 Uhr, auf dem Deutschen Militärfriedhof zu Grodno statt.

Allen Kollegen und Kolleginnen die traurige Nachricht, daß dem Unglück in unserer Zentrale die Kollegin

Franziska Nadoll

und der Kollege

Otto Erdmann

zum Opfer gefallen sind.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Das Gesamtpersonal der Konsumgenossenschaft Berlins und Umg.

Freie Jugend Schöneberg.

Im jugendlichen Alter von 19 Jahren ist unser Mitglied, der Schütze

Paul Krone

dem Kriege zum Opfer gefallen.

Unserer Bewegung ist ein tüchtigster Helfer und guter Freund genommen.

Wir werden ihn nicht vergessen!

Nach vierjährigem Ringen als Opfer des Weltkrieges verstarb im Feldlazarett im Osten am 8. August mein lieber, treusorgender Gatte

Wilhelm Carls.

Wie sehnlichstvoll klangen noch Deine letzten Zeilen. Du schreibst so oft: „Auf ein gesundes Wiedersehen!“, so kurz vor'm Urlaub noch. Nun kann es nimmermehr geschehen.

Lieber Wilhelm! Schlaf in Ruh, meine Liebe deckt Dich zu.

Deine tieftraurige Gattin Marie.

Schivelbeinerstr. 2.

Berband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

— Filiale Berlin, Sebastianstr. 37-38. —

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Kollegen!

Am 6. Juni 1918 fiel der Wäschezuschneider, Kollege

Otto Meier.

Am 19. Juli 1918 fiel der Herrenmaßschneider, Kollege

Paul Hänisch

geb. 11. 12. 95.

Am 21. März 1918 fiel der Herrenmaßschneider, Kollege

August Wendorf

geb. 17. 10. 92.

Am 5. Juli 1918 starb im Lazarett der Damenkonfektionschneider, Kollege

August Töpfer

geb. 18. 11. 78.

Am 25. Mai 1918 starb im Lazarett der Herrenmaßschneider, Kollege

Hermann Heuseler

geb. 25. 12. 76.

Die Ortsverwaltung.

Wahlverein Mariendorf.

Am 4. August 1918 verschied nach mehrwöchigem Leiden unser Genosse

Rudolf Hinke.

Sein gerades, aufrichtiges Wesen und sein unerschütterlicher Glaube an den Sozialismus dienten allen Genossen zum Ansporn.

Treu stehend auf den Grundsätzen der Partei, opferte er seine Kraft lange Jahre selbstlos der Arbeiterbewegung.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Nachruf!

Als Opfer des Weltkrieges fiel bei den letzten Kämpfen unser Mitglied, der Schlosser

Ernst Schmidt.

Der uns Entlassene war einer der Begründer unserer Parteibewegung. Sein Andenken wird nicht vergessen werden.

Unabhängiger sozialdemokratischer Verein für Danzig Stadt und Land. Bezirk Ohra.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umg. e. G. m. b. H. Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 16-26.

Nachruf!

Bei der am 5. d. M. in unserem Verwaltungsgebäude stattgefundenen Explosion ist die am 31. Juli 1885 geborene, seit dem 11. Oktober 1915 bei uns beschäftigte

Frau Franziska Nadoll

wohnhaft Bettenloferstraße 25, tödlich verunglückt. Ihr vor dem Kriege bei uns beschäftigter Gatte verstarb am 4. März 1916 in einem Lazarett zu Königsberg. Nun hat sie ihr Leben in dieser tragischen Weise abschließen müssen. Wir verlieren in ihr eine eifrige und gewissenhafte Mitarbeiterin.

Gleichfalls tödlich verunglückt ist der seit dem 6. Dezember 1917 beschäftigte, am 11. März 1855 geborene Schlosser

Otto Erdmann

wohnhaft Neue Schönhauser Straße 1.

Während Frau Nadoll ihren Verletzungen erst 4 Stunden nach der stattgefundenen Explosion erlegen ist, erlitt Herr Erdmann einen sofortigen Tod. Beide wurden bei Verrichtung ihrer Tätigkeit vom Tode überrascht.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken erhalten.

Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

3. Wahlkreis.

Am 15. Juli fiel im Alter von 19 Jahren unser Genosse

Rudolf Meth

8. Abteilung.

Am 2. Juni fiel unser Genosse, der Sattler

Wilhelm Verch

Prinzenstr. 66, 8. Abt., 236. Bezirk.

4. Wahlkreis.

Am 20. Juli fiel unser Genosse, der Restaurateur

Heinrich Becker

Samariterstr. 12, Bezirk 863.

Am 25. Juni verstarb an den Folgen einer Verwundung im Alter von 40 Jahren unser Genosse

Franz Janotte

Guoystr. 30, Bezirk 158.

Am 5. August verstarb an den Folgen einer Verwundung im Alter von 31 Jahren unser Genosse, der Photograph

Paul Wegner

Bezirk 206, Abteilung 21.

Im Juli verstarb an den Folgen des Krieges im Alter von 25 Jahren unser Genosse

Hans Zimmerlich

Eibinger Straße 14, Bezirk 409 II.

Ein Opfer des Krieges wurde unser Genosse

Max Franz

Bezirk 831.

6. Wahlkreis.

Im Felde fiel durch Granatschuß unser Genosse, der 35-jährige Dreher

Adolf v. d. Heide

Sprengelstr. 21, 16. Abt., Bez. 756.

Am 21. Juli fiel durch Kopfschuß unser Genosse, der 32-jährige Dreher

Arthur Brättsch

Prinzen-Allee 29, 18. Abt., Bez. 821.

Am 3. August verstarb im Feldlazarett unser Genosse, der 44-jährige Dachdecker

Wilhelm Carls

Schivelbeinerstr. 2, 6. Abt., Bez. 560.

Am 26. März fiel unser Genosse, der 89-jährige Geiger

Hugo Merkel

Schulstr. 7, 21. Abt., Bez. 767.

Von einer Granate zerrissen wurde unser treues Mitglied, der Maler

Richard Rehbock

Thurneyssestr. 7, Bezirk 805, 18. Abteilung, im Alter von 25 Jahren.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Sarnim

Am 8. August 1918 ist unser Mitglied, der Pionier

Ernst Jacobsohn

im Alter von 28 Jahren in Erfurt im Lazarett verstorben.

Wahlverein Charlottenburg.

Unser Mitglied, Genossen

Willi Peters

Wilmersdorfer Straße 104, 7. Gruppe, haben wir als Opfer des Krieges zu beklagen.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

Wahlverein Henköltn.

Unsere Genossin

Martha Gasper

Schillerpromenade 89, 22. Bezirk,

ist an Lungenentzündung gestorben.

Unser Mitglied

Hans Schnalke

Erststr. 10, 7. Bezirk,

ist einer Lungenentzündung erlegen.

Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.

Berlin und Bayern.

Die Salzhalgerei um einige Gramm Knochen hat zu einer Auseinandersetzung über die Ernährungsverhältnisse in Nord- und Süddeutschland geführt. Weil die bayerische Regierung sich dagegen wandte, den Einwohnern Groß-Berlins die bisherige Fleisch- und Knochenportion weiter zuzuwenden, legten Berliner Blätter los und schilderten die Ernährungsverhältnisse in Bayern in so rosigem Lichte und verallgemeinerten dabei so sehr, daß man direkt angereizt wurde, seine sieben Sachen zu packen und sich in Bayern einen Ort der Niederlassung zu suchen, um aller Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn — das Hilfsdienstgesetz den Arbeiter nicht festhielte. Süddeutsche Blätter sind über diese rosigen Schilderungen wenig erbaut, zumal sie darlegen, daß die Verallgemeinerungen den Tatsachen vollkommen widersprechen und sie nehmen Stellung gegen die einzelnen übertreibenden Darstellungen.

Von Interesse ist, wie die „Fränkische Tagespost“ gegen den „Vorwärts“ Front macht. Einem Leitartikel des Münchener Blattes unter der Überschrift: „Märchen im Vorwärts“ entnehmen wir:

„Im „Vorwärts“ beschreibt ein gewisser Gerhardt Lehn, Berlin, die angeblichen Ergebnisse einer Bayernreise. Obwohl heute Essen und Trinken politische Angelegenheiten erster Klasse sind, bringt der „Vorwärts“ den Aufsatz in seinem Unterhaltungsblatt, was aber nicht verhindert, daß die Erzählungen des Herrn Lehn im höchsten Grade verheißend und Tatsachen fälschend wirken.

„Man lebt im schönen Bayernlande heute noch so unermüdet, gut und billig wie schwerlich anderswo im großen deutschen Vaterlande.“ So hebt der Gewährsmann unseres Berliner Zentralorgans an und bringt nun zum Beweis seiner lobenen Behauptung eine Menge Einzelheiten vor, lauter gute Sachen, die er in Bayern gegessen hat. „Zum Frühstück“ aß der Herr Lehn 3—4 Stück Eier und trank Milch dazu. Das Ei bezahlte man meist mit 20 bis 30 Pfennig. „Zum Mittag“ verlebte er sich Schinken, 3 Rührei, einen Liter vollkornige Milch und ein riesiges Stück prächtiges Bauernbrot ein und gab dafür 1,80 Mark aus. „Zum Abendessen“ gab es ein handgroßes, fingerdickes Stück geräucherter Schweinefleisch mit einer Kesselschüssel Sauerkraut und Kartoffeln. Für 1,10 Mark! Sonst hat Herr Lehn noch erwischt: Riesenkräutchen, Butter, Eier, Äpfel, Blutwurst, Schwarzwälder, alles marktfrei und zu Preisen, die an keinen Krieg erinnern.

In Berlin und den umliegenden Dörfern liest der preussische Arbeiter diese aufreizenden Schilderungen, nicht davon in Bekanntheit und Kollegen freier und schimpft auf die bayerischen Phantasten. Er stellt sich eine Frühstückspause in einer Münchener Wappstickerfabrik vor, reißt die Pfannkuchen und Schinkenbrot, die neben der Werkbank im festen Bälger liegen und verflucht das System des Hochpreises, das ihn in den hungrigen Berliner Keller holt.

In Ingolstadt, mitten im gesegneten Land des Ueberflusses, liest man die Schilderungen auch. Die Arbeiter der Pulverfabrik touren ihren Augen nicht und wachen nach einmal rosch ihr Frühstückspapier auf, wenn sie eines haben. Da liegt aber kein angebratenes Stück Lendenfleisch, aus irgendeiner Mehl gebadene Weisbrot, sondern eine durchsichtige Scheibe graues, aus vierundneunzigprozentigem Mehl gebadene Weisbrot.

Schließlich ärgert man sich in Berlin und in Ingolstadt, dort, weil es den andern so schamlos gut geht, hier, weil man von diesem so hirtendend geschilderten Schlaraffenland gar nichts bemerkt. Französische Flieger werfen über den deutschen Helden Flugblätter ab, worin sie Bayern und Preußen auseinander hetzen. Die Stimmung zwischen diesen beiden Landsmannschaften ist ohnehin genügend geladen, das weiß der „Vorwärts“ sicher. Wie sein Artikel zum Gedächtnis des 4. August 1914 beweist, hält er es für sehr wichtig, das Einigkeitgefühl des deutschen Volkes zu stärken. Aber glaubt man denn in der Redaktion des „Vorwärts“, daß sich die Schilderungen des Herrn Lehn mit dieser löblichen Ansicht vereinbaren lassen?

In aller Freundschaft müssen wir, die wir in Bayern leben und die Verhältnisse doch kennen, unserem Berliner Kollegen sagen, daß er einem Phantasten aufgefressen ist, wenn der Herr Lehn nicht gar andere Zwecke mit seinem Schlaraffenmärchen verfolgt. In allen öffentlichen Vorkommnissen Bayerns steht die Lebensmittelversorgung seit Jahr und Tag im Mittelpunkt der Aussprachen. Was besonders die Stadtverwaltungen wegen dieser Sorgen ausstehen müssen, ist ein zuverlässiger Gradmesser für den Zustand der bayerischen Ernährungspolitik. Darüber steht Tag für Tag im kommunalpolitischen Teil der bayerischen Presse zu lesen und alles widerspricht den Phantasten des zufällig in eine Freiwirtschaft versetzten Herrn Lehn.

Wir bestreiten nicht, daß es irgendwo in Bayern noch ein Dorf gibt, wo man ganz unzeitgemäß ist und trinkt. Deshalb aber nun herzugehen und hunderttausend preussische Arbeiter zu erzählen, man lebe nirgends so „unermüdet, gut und billig wie im schönen Bayernland“, ist eine Geschäftigkeit, die selbst durch die mangelnde Kenntnis der Verhältnisse nicht erklärt wird.

Auch nördlich der Mainlinie, in Pommern, Mecklenburg, Schleswig usw. gibt es einzelne Ortschaften, wo man nicht weniger fett lebt. Wenn nun auf einem ostelbischen Rittergut ein Kind ein Stück Brot mit fingerdickem Butteraufstrich be-

kommt, darf man daraus schließen, daß in Preußen fingerdick gestrichene Butterstullen gegessen werden? Wäre Bayern wirklich das Schlaraffenland, in dem die gebratenen Kalbshälften auf der Straße liegen, wie wäre man dann gerade in Bayern zuerst darauf gekommen, daß das Fleisch rationiert werden muß? Die Fleischmarke ist von Bayern gegen den Widerstand der übrigen Bundesstaaten durchgesetzt worden, sonst könnten wir uns längst auf fleischlose Vierteljahre einrichten.

Ein Wort verdienen auch die Preisangaben des Herrn Lehn. Er rühmt mit vollen Waden die zivilen Preise. Wir müssen uns auch wundern, daß die Gastgeber dem Gewährsmann nicht mehr verrechneten, obwohl es eine alte Erfahrung ist: Die Preise gehen in die Höhe, wenn nur ein Berliner seinen Fuß in eine bayerische Ortschaft gesetzt hat! Man muß nur wissen, wie ein richtiggebender Schleichhändler aus Norddeutschland sein Geschäft macht. Einen Tausender wirft er dem Bauern auf den Tisch für das schwarzgeschlachtete Kalb, das zu Apothekerpreisen dann in Berlin gekauft und gegessen wird.

Es ist nicht nadder Futterneid, was die Reisenden aus Norddeutschland bei uns so außerordentlich unbeliebt macht. Niemand hätte sehr viel gegen das Pfund Butter einzuwenden, das dann und wann über die Grenze getragen wird. Aber die unglaubliche Fertigkeit dieser Hamsterer aus dem Norden, im Nu alle Preise in Grund und Boden zu verderben, schafft wachsende Erbitterung und führt zu den schärfsten Maßnahmen, die durchaus notwendig sind, wenn nicht in kurzer Zeit eine wahnsinnige Preisanarchie bei uns einreißen soll. Im Bezirksamt Ebermannstadt war der Butterpreis vor den norddeutschen Ferien vier Mark für das Pfund. In dreieinhalb Ferienwochen dieses Jahres haben die Berliner und ihr Anhang, die in diesem Gebiete hamstern, das Pfund Butter von 4 Mark auf 10 Mark getrieben, weil dieser Preis tagtäglich förmlich aufgedrängt wurde.

Zu Schleichhandelspreisen läßt es sich auch in Berlin gut leben. Es gibt in Berlin Leute, die nie nach Bayern verlangen und doch nicht weniger gut leben, als man in Bayern nach den Märchen des Herrn Lehn lebt. Sie erhalten so viel Butter ins Haus getragen, daß sie nicht mehr wissen, wohin. Allerdings zahlen sie für das Pfund 32 M.

Das möchten wir gerne verhindern, denn die Einkommen in Bayern halten keinen Vergleich aus mit den Einkommen nördlich des Rains. Daß man in Berlin hausweise Geld verdient, sieht uns weiter nicht an. Aber dagegen wehren wir uns, daß man mit diesem Geld nach Bayern kommt und uns die Preise verkauft. Berliner Arbeiter stellen sicher den geringsten Teil dieser unheimlichen Hamsterer und Preisverderber. Dazu fehlt ihnen vor allem die Zeit. Sie rekrutieren sich aus den Schichten der Märzenerzähler, deren Werte besser nicht gedruckt werden sollten.

Der „Vorwärts“ versucht, seine allgemeinen Darlegungen einzuräumen durch ein Hin- und Hergerede. Wie bei allen seinen sonstigen Ausschweifungen redet er immer vom Volk, als ob er nicht wüßte, daß „das Volk“ aus verschiedenen Klassen zusammengesetzt ist, die durchaus nicht gleiche Interessen verbinden. Die Arbeiterklasse leidet in Nord und Süd gleichermaßen unter den Kriegsergebnissen und nicht nur in Deutschland allein. Die Leute dagegen, die Millionen aus der Kriegskonjunktur herausziehen, können überall gut leben, weil sie nach dem Gelde nicht zu fragen brauchen. Bei Beurteilung der Ernährungsverhältnisse steht hier uns das Interesse der Arbeiter obenan. Und da führt es in der Tat zu Trugschlüssen, wenn man so verallgemeinert, wie das der „Vorwärts“ tut.

Im übrigen kann sich die bayerische Regierung vollkommen beruhigen. Auch Berlin hat im August volle fleischlose Woche. Auf Anordnung des Kriegs-ernährungsamtes wird in der Woche vom 19. bis 25. August auf die Fleischarten nicht Fleisch sondern 3 Pfund Kartoffeln verabfolgt.

Lieb Vaterland laßt sich ruhig sein!

Die tschechischen Brigaden.

Wir entnehmen der Wiener Arbeiterzeitung den folgenden Auszug:

Ein tschechisches Heer steht, Tausende Kilometer von der Heimat, zwischen der Wolga und dem Ural im Kampfe gegen die „Roten Gärten“. Amerikaner fahren über den großen Ozean, um in Wladivostok zu landen, sich dort mit japanischen und chinesischen Truppen zu vereinigen und über das ganze riesige Sibirien herüber den Tschechen Hilfe zu bringen. Der Aufruhr der Tschechen verwickelt Rußland mit einem schweren, bedrohlichen Konflikt mit der Entente. Er ist, wenn nicht der Grund, so doch der Vorwand einer völligen Wendung im Verhältnis Rußlands zu seinen Verbündeten von gestern: wenn nicht die Ursache, so doch der Anlaß der schweren Erschütterung der proletarischen Diktatur in der jungen russischen Republik. Ein paar bewaffnete Haufen österreichischer Kriegsgefangener führen eine Wendung herbei, die weitreichende Bedeutung erlangen kann. Welches Abenteuer konnte in den Wirren und Schreden dieses Krieges noch unmöglich erscheinen?

Im ersten Kriegsjahr schon taten sich ein paar Tschechen in Rußland zu einem „Nationalkomitee“ zusammen, das als sein Ziel die Aufrichtung eines böhmischen Königreichs unter dem Szepter des Zaren oder eines russischen Großfürsten verstand. Sie unternahmen es, tschechische Brigaden zu bilden, die gegen Oesterreich zu Felde ziehen sollten. Zu diesem

Zwecke warben sie unter den Tschechen in den Gefangenenlagern. Doch war der Erfolg zunächst sehr dürftig. Die Werbearbeit wurde mit verstärkter Kraft aufgenommen und die enthusiastische Stimmung, die in den ersten Wochen nach der Märzrevolution in Rußland herrschte, mochte sich auch den Gefangenen, die in Fabriken, Bergwerken und in den Dörfern mitten unter russischer Bevölkerung arbeiteten, mitteilen und die Arbeit der Werber erleichtern.

Aber schon im Mai wurde die erste provisorische Regierung von den Petersburger Arbeitern gestürzt; das Proletariat erzwang den Verzicht auf alle imperialistischen Kriegsziele. Von der Zerstörung Oesterreichs, von der Aufrichtung des böhmischen Königreichs unter Rußlands Schutz war keine Rede mehr. Was sollten jetzt noch die tschechischen Brigaden? Besonders Kerenski, der an Gutschikows Stelle Kriegsminister wurde, war ihnen nicht gewogen. Das Geschehen der russischen Armee wurde damals dadurch gefährdet, daß Ukrainer und Polen, Esten und Letten aus den russischen Truppenkörpern ausgeschieden und eigene nationale Regimenter bilden wollten; Kerenski wurde auf einer Inspektionsreise im Süden der Wirren, die dadurch hervorgerufen wurden, gewahrt und er verbot kurzweg die Bildung nationaler Truppenkörper, darunter auch die der tschechischen Brigaden. Dagegen protestierten freilich die Kadetten. Und als nach dem verunglückten Putsch der Volkswille im Juli die Macht der Kadettenpartei wieder wuchs, mußte Kerenski das Verbot widerrufen. Die Werbearbeit ging weiter. Und viele Umstände waren ihr jetzt günstig. Es schien manchem tschechischen Gefangenen verlockender, als freier Mann in neuer Uniform mit dem Sold in der Tasche in Kiew Spazieren zu gehen, als ohne eine Kopete dürftig genährt und schlecht behandelt, im Gefangenenlager zu sitzen oder um fargen Lohn in Fabriken oder Bergwerken zu arbeiten. Und als vollends im November die Erhebung der Volkswille ganz Rußland in den juristischen Bürgerkrieg stürzte, als sich in vielen Orten niemand mehr um die Gefangenen kümmerte und die Stilllegung der Fabriken viele Gefangene ihrer Arbeitsstellen beraubte, trieb manchen Tschechen bitterer Rot den Brigaden zu.

Aber schon während der Novemberrevolution gab es Zusammenstöße zwischen den Volkswilligen und den Brigaden. Schon damals wurden die Brigaden von den Volkswilligen beschuldigt, daß sie in den Bürgerkrieg gegen die Arbeiter eingegriffen, mit der Inbelschischen Bourgeoisie gemeinsame Sache gemacht hätten. Die Beschuldigung klingt nicht unwahrscheinlich. Zwischen den Kadetten und den Führern der Brigaden bestand die alte Freundschaft; und die Novemberrevolution, deren Ziel der Friede war, konnte den Kadetten nicht unheimlich sein, die durch die Verlängerung des Krieges ihr Ziel, das böhmische Königreich, erreichen zu können, hofften. Die Volkswilligen bemühten sich nun, der Werbearbeit der Brigaden eine Schranke zu setzen. Unter ihrem Schutze entstand unter den tschechischen Gefangenen eine Partei, die sich Tschecho-slowakische kommunistische Partei nennt, in Moskau eine tschechische Zeitung herausgibt und den heftigsten Kampf gegen die Brigaden führt. Sie hat vor kurzem die Dokumente veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß die Brigaden von der französischen und der englischen Regierung besoldet werden.

Nach dem Frieden von Brest-Litowsk hatten die Brigaden jeden Sinn, jede Bestimmung verloren. Sie waren zum Kampf gegen Oesterreich bestimmt; was sollten sie noch, da Rußland mit Oesterreich Frieden geschlossen hatte? Sie wollten jetzt über Sibirien nach Wladivostok, um sich nach Frankreich einzuschiffen. Aber sie auf der sibirischen Eisenbahn nach Wladivostok zu bringen, war der russischen Regierung unmöglich; gewiß technisch unmöglich bei der Zerrüttung des Eisenbahndienstes und angesichts der politischen Wirren in Sibirien; vielleicht auch politisch unmöglich, weil dies Rußland wohl in Konflikt mit den Mittelmächten gebracht hätte. An einen Marsch nach Wladivostok war aber nicht zu denken; die Entfernung ist so groß, daß der Weg wohl in einem Jahre nicht zurückzulegen wäre. Die Brigaden, die sich, als die Mittelmächte in die Ukraine einmarschierten, an die Wolga zurückgezogen hatten, mußten also dort bleiben, unzufrieden, untätig, mit der Moskauer Regierung zerfallen. Und hier stießen zu ihnen ganz neue Elemente: russische Offiziere, die nach der Auflösung der russischen Armee Stelle und Sold suchten, russische Konterrevolutionäre, die in den bewaffneten Scharen Bundesgenossen für Kalebzin, Kornilow, Dutov zu werden hofften. Das Spiel gelang. Die Brigaden gerieten in Kampf gegen die Sowjets. Und je hitziger der Kampf wurde, desto mehr Kämpfer strömten ihnen aus den Reihen der russischen Reaktionäre zu. So sind die Tschecho-Slowaken zum Werkzeug der russischen Gegenrevolution geworden.

Es ist der Mühe wert, daß man die Geschichte der tschechischen Brigaden erzählt. Denn wir alle in Oesterreich haben aus der Geschichte zu lernen. Den Tschechen vor allem muß sie eine Lehre sein; daß der tschechische Nationalismus in Rußland zum Instrument der sozialen Reaktion geworden ist, sobald er auf den Sieg des fremden Imperialismus seine Hoffnung setzte, mußte der tschechischen Demokratie eine Lehre sein. . . . Darum bleibt es doch ein Symptom der schweren Krankheit unseres Staates, daß dergleichen überhaupt möglich ist. Nach all den Erfahrungen an der Front, im Ernährungsdienst, und jetzt in Rußland ist kein Zweifel mehr möglich, daß das Verhältnis der Tschechen zum Staat die Kraft der Mittelmächte ernsthaft schwächt; in solchem Verhältnis kann der Staat zu der an Zahl und Kultur zweiten unter seinen acht Nationen nicht bleiben. Was also tun?

Gewalt heißt diese Krankheit nicht; das beweist Englands Erfahrung in Irland. Nur die Freiheit gewinnt ein Volk dem Reiche wieder; das beweist Englands Erfahrung in Südafrika. Unsere Väter haben das verstanden. Als sie Ungarn beherrschten wollten, organisierte Napola 1868 eine magyarische Legion gegen Oesterreich; unsere Väter haben daraus die Lehre gezogen, den hoffnungslosen Versuch der Verbannung Ungarns aufzugeben, sie haben das Recht Ungarns auf eigene Staatlichkeit anerkannt, und heute gibt es keine ungarischen Legionen mehr. Wären unsere Deutschbürgerlichen zu lernen fähig, dann müßten sie endlich sehen, daß eine demokratische Lösung des tschechischen Problems zwar vielleicht das Deutschthum in Prag oder Böhmen schwächen, aber sicher das Deutschthum in Europa stärken würde. Wären die Beherrscher dieses Staates zu lernen fähig, dann müßte sie die Geschichte der tschechischen Brigaden lehren, daß dieser Staat nur leben kann als ein Bund freier Völker.

Zur Stellung der U. S. V. zu den Gewerkschaften.

Von Wilh. Reimann.

Die notwendige Folge der Politik des 4. August, bei deren Bestimmung die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands den Ausschlag gibt, ist, daß viele Genossen, die vordem auch in den Gewerkschaften tätig waren, diese Tätigkeit einstellen, ja den Gewerkschaften ganz den Rücken kehren. Die Antipathie einzelner Genossen geht so gar so weit, daß sie den offenen Kampf gegen die Gewerkschaften probieren und zum Austritt anfordern. Diese Genossen verkennen, daß dieser Kampf nicht der Institution an sich als vielmehr dem Geist der Institutionen gelten muß. Zum Glück hat ja diese Parole wenig Anhänger gefunden und ist fast überall auf heftigen Widerstand gestoßen.

Welche Gründe werden nun angeführt, um die Einstellung der Tätigkeit zu rechtfertigen?

Der hauptsächlichste Grund ist, daß die Mitglieder keinen Einfluß auf die Geschäfte, Beschlüsse usw. der Gewerkschaftsinstanzen ausüben können.

Wenn heute diese Instanzen vielfach von einem Geiste befeuert werden, der dem Willen der Mitglieder nicht entspricht, dann dank der Interesslosigkeit der Mitglieder an den äußerst wichtigen Veranstaltungen, Generalversammlungen, Wahlen, Abstimmungen usw.

Wie liegen denn die Dinge tatsächlich?

Alljährlich finden die Neuwahlen zu den Ortsverwaltungen statt. Hier ist Gelegenheit gegeben, die Personen, die die Geschäfte nicht im Sinne der Mitglieder führen oder mit denen man sonst nicht übereinstimmt, nicht wiederzuwählen, sie zu kassieren und durch andere zu ersetzen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die örtlichen Verwaltungen auf die Besetzung von Funktionen in der Arbeiterbewegung und darüber hinaus in den sozialpolitischen Institutionen ausschlaggebenden Einfluß ausüben. Es sei nur darauf hingewiesen, daß z. B. in Berlin die Verwaltungen das Vorrecht haben, aus ihrer Mitte die Vertreter zur Gewerkschaftskommission vorzuschlagen, die Wahl findet bekanntlich in der Generalversammlung statt.

Die Delegierten wiederum wählen den Ausschub der Berliner Gewerkschaftskommission; in welchem Sinne der seine Tätigkeit ausüben kann, dürfte bekannt sein. Ähnlich liegen wohl die Verhältnisse in allen Orten mit Gewerkschaftsvereinen.

Genau so verhält es sich mit den Wahlen zu den Verbandstagen und Gewerkschaftskongressen. Die Generalversammlungen nehmen die Aufstellung der Kandidaten vor, gewählt wird meist in Urabstimmung. Die geeignete Kandidatenauswahl vorzunehmen, liegt in der Hand der Mitglieder.

Wir sehen also, wenn der Wille da ist, ist es sehr wohl möglich, auf die Führung der Zahlstellen-Geschäfte und darüber hinaus auf die der Gewerkschaftsarbeit und Generalcommission Einfluß auszuüben. Erwähnt soll noch werden, daß ja auch die Generalcommission in ihrer Gesamtheit von den Delegierten zum Gewerkschaftskongress gewählt wird. Gegen den Willen der Gewerkschaftsmitglieder können die Regien, Bauer usw. nicht an der Spitze der Gewerkschaften stehen, zum mindesten muß ihre Politik dem Willen der Mitglieder angepaßt sein.

Vielfach hört man den Ausspruch: Ja, wer ist auf diesen Kongressen? Sind es nicht meist Angestellte?

Wenn dem so ist, dann nur durch die Schuld der Mitglieder. Es soll hier durchaus nicht der Ausschaltung der Angestellten von Verbandstagen und Kongressen das Wort geredet werden. Ihr Rat und ihre Erfahrungen auf dem Gebiete des Organisationslebens läßt sich nicht entbehren, aber sie sollen und dürfen nicht das ausschlaggebende Element bilden.

Bei dieser Gelegenheit einige Worte über die Angestelltenfrage. Als feststehend muß angenommen werden, daß bei der Größe der Gewerkschaften ohne Angestellte die vielfältigen Geschäfte nicht geführt werden können, wie es ja auch in der politischen Organisation nicht der Fall ist. Es muß zugleich anerkannt werden, daß viel Umsicht und Energie zu der nicht leichten, aufreißenden Tätigkeit namentlich der Agitationsbeamten gehört.

Die Generalversammlungen, die die Wahl der Angestellten vornehmen, werden immer bekannte, bewährte und erprobte Kollegen in diese Stellen wählen, vielfach solche, die in Opposition zu den Verwaltungen und Instanzen stehen. Wie kommt es nun, daß wir meist diese Angestellten später im Lager der Revisionisten und jetzt im Lager der Abhängigen finden? In der Nr. 18 des Mitteilungsblattes ist darauf hingewiesen worden, daß die Abhängigen in den Angestellten eine gute Agitationsgruppe besitzen, wir aber müssen darauf bedacht sein,

die unbestritten befähigten Kollegen, wenn sie früher zu uns gehörten, auch bei unserer Partei zu erhalten. In früheren Jahren konnte jeder Redner mit Sicherheit darauf rechnen, wenn er auf die „Gewerkschaftslogen“ herumpunkte, starken Beifall zu finden. Nicht ohne Ironie des Schicksals ist es, daß auf diesem Gebiete gerade von den Leuten, die heute mit der Generalcommission durch die und dünn gehen, ganz hervorragendes geleistet wurde. Das geschah immer ohne Würdigung der immerhin wichtigen Arbeit, die von den Leuten geleistet wurde.

Es ist verständlich, daß sich zu der Seite die Sympathie der Angestellten neigte, wo ihre Arbeit gerechter gewürdigt wurde und das geschah unbedingt von den Leuten, die sich um die „sozialistischen Monatshefte“ gruppierten. Diesen war es verhältnismäßig leicht, die Angestellten durch Ueberhöhung der Gewerkschaftsbewegung für die Gedankengänge des Revisionismus zu gewinnen.

Daß die Gewerkschaftsangehörigen sich bei ihren Kollegen nicht immer großer Beliebtheit erfreuen, ist nur natürlich. Vielfach können die Angestellten bei Streikaktionen in den Betrieben, bei Lohnbewegungen usw. den Forderungen der Arbeiter, die in der Regel auf die radikalste, die sofortige Arbeitseinstellung hinauslaufen, nicht Rechnung tragen. Die Mitglieder vergessen oft, daß hier dem Betreffenden die Grenzen gezogen sind: 1. durch das Statut, 2. durch die örtliche Verwaltung und den Hauptvorstand. Wer in der Verwaltung mitarbeitet, weiß, welchen Kampf oft der einzelne Angestellte zu führen hat, um die Sanktion zu einer Arbeitseinstellung zu erhalten. Vielfach muß die Konjunktur im Gewerbe berücksichtigt werden, soll die Bewegung nicht von Anfang an ein Fehlschlag sein. Diese aber muß der Angestellte besser übersehen können, als die Mitglieder in den Betrieben. Nicht etwa, weil er klüger ist wie seine Kollegen, sondern lediglich infolge seiner ständigen Beschäftigung auf diesem Gebiete.

Wie gesagt, das alles konnte, geschieht ausgenützt, jedem Redner Beifall bei Angriffen gegen die Angestellten sichern. Wir werden unzuversichtlich in der kommenden Zeit damit zu rechnen haben, daß wir unsere Parteigenossen in führende Stellungen in den Gewerkschaften bringen werden. Sie uns unter gerechter Würdigung ihrer Tätigkeit in unseren Anschauungen zu erhalten, ist unsere Pflicht. Der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung können wir im Gegenwartsstaat bei unseren wirtschaftlichen Forderungen und den uns bevorstehenden Kämpfen mit dem durch den Weltkrieg riesig gestärkten konzentrierten Kapital nicht entbehren. Wir müssen uns allerdings vor jeder Ueberhöhung ihrer Wirksamkeit genau so hüten wie vor Ueberhöhung. Wir müssen uns klar sein, daß die Gewerkschaftsbewegung niemals Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein kann.

Die Gewerkschaften als Glied in dem schweren Emanzipationskampf der Arbeiter zu betrachten und zu fördern, das ist auch die Aufgabe aller unabhängigen Sozialdemokraten.

Darum muß unsere Parole sein: Hinein in die Gewerkschaften, sich betätigen, Einfluß gewinnen und zu dem Mittel machen, wie wir es im Kampf gegen den kapitalistischen Staat brauchen.

Gewerkschaftliche Agitations- und Erziehungsmethoden.

Betrachtet man die Politik, welche die Gewerkschaftsverbände und ihr Volkzugsorgan die Generalcommission während des Krieges betrieben haben und weiter treiben werden, so muß man sich wundern, daß die organisierte Arbeiterschaft sich eine solche Politik und Taktik gefallen läßt. Gewiß, die Gewerkschaftsinstanzen sind gewöhnt zu herrschen und die meisten Aktionen sind selbstherrlicher Natur, aber die erweiterten Organe als übergeordnete Instanzen, haben, soweit sie zusammengetreten sind, meist ihren Segen zu dieser Tätigkeit gegeben.

Wir sollen uns auch keinen Illusionen hingeben, daß nach dem Kriege hier ein Wandel eintritt. Sicher wird die Opposition in den Gewerkschaften erstarken, ob sie aber die Männer des Burgfriedens und des Hilfsdienstgesetzes aus dem Sattel heben wird, ist vorderhand noch zu bezweifeln.

Der Geist, welcher seit langem in den Gewerkschaften herrscht, ist die Ursache dieser Duldsamkeit, es gibt ja Ausnahmen, wie die Kongresse der Rührer und Schutzmacher betwiesen haben, doch dies ändert nichts an der Tatsache, daß das Gros der Gewerkschaften eine Politik und Taktik duldet, die absolut nichts mit sozialistischen Grundsätzen gemein hat und noch viel weniger den Interessen des internationalen klassenbewußten Proletariats entspricht.

Wie ist eine solche Haltung oder besser gesagt, eine solche geistige Verumpfung möglich geworden? Wir müssen die Ursachen kennen lernen.

Die Agitations- und Erziehungsmethoden in den Gewerkschaften erstreckt sich hauptsächlich auf 3 Gebiete: Lohnpolitik, Unterstützungswesen und Sozialpolitik. Wie werden diese Gebiete bearbeitet?

In einer Versammlung, in der die Arbeiter für die Gewerkschaft gewonnen werden sollen, werden die Mißstände im Dienste erörtert und kritisiert, die Arbeitszeit eventl. wird als zu lange hingestellt, der Lohn als zu niedrig bezeichnet, vielleicht auch auf hygienische Mißstände und schlechte Behandlung hingewiesen. Durch ein Mitbestimmungsrecht der Organisation soll hier Besserung geschaffen werden.

Ob man da einen christlichen oder einen freigeistlichen Agitator hört, groß ist der Unterschied nicht, namentlich in der Neuzeit und in der Zukunft wird der Unterschied ganz verschwinden, denn die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und die gemeinsamen Interessen der Unternehmer und Arbeiter gehören ja nunmehr auch zu dem Geistesarsenal der freien Gewerkschaften.

Dann kommt das Unterstützungswesen, das zu sehr Selbstzweck geworden ist, als Mittel zum Zweck, das es nur sein soll.

Ein Blick in die Agitationschriften beweist, wie heute die Mittel operiert wird. In den Verbesserungssammlungen gilt für den Angestellten, wenn er Gnade vor den Augen seiner Vorgesetzten haben soll, die Parole: „Mitglieder um jeden Preis!“ Von diesem Gesichtspunkt aus ist solche Schilderung des Unterstützungswesens in keiner Weise von der Tätigkeit eines Versicherungsbeamten zu unterscheiden.

Den Eindruck, den der Arbeiter von den Gewerkschaften empfängt, ist, daß er sie für eine Einrichtung hält, die ihm ein höheres Einkommen und zugleich als Unterstützungsvereinigung Vorteile bietet.

Seine soziale Lage soll gehoben werden und er erhält Unterstützung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik usw.

Er wird Mitglied. Diese Erziehungsarbeit geht in den gleichen Bahnen weiter, höchstens etwas detaillierter und mit sozialpolitischen Problemen verknüpft. So wird der Kurgewerkschaftler herangebildet und die Masse dieser Arbeiter bildet das organisierte Rückgrat der Instanzen.

Diese Agitationsmethode ist nicht nur falsch, nein, sie ist auch schädlich.

Man soll bei der Werbe- und Erziehungsarbeit gründlicher und sozialistischer zu Werke gehen, den Arbeitern schildern, wie der Kapitalismus entstanden ist, die Produktionsmethode zerlegen, sie lehren, wie die Arbeitskraft zur Ware geworden ist, die technische Entwicklung sozialistisch beleuchten, das Wesen der Arbeit, die Steigerung der Intensität der Arbeit usw. erklären.

Allerdings das nicht nach Theorie und sehr voraus, daß die Gewerkschaften über ein geschultes sozialistisch durchgebildetes Personal verfügen. Diese Voraussetzung fehlt aber.

Wer aber die Materie beherrscht und Ausnahmen gibt es ja, und wer es versteht, sie in populärer Form anzuwenden, der wird die gleichen, wenn nicht größere Erfolge erzielen und sie werden weit nachhaltiger wirken, denn er hat das in jedem Arbeiter schlummernde Klassenbewußtsein erweckt und Ideale vorgezeichnet, die, wenn sie weiter gepflegt werden, den klassenbewußten Arbeiter heranreifen lassen.

Selbst das Unterstützungswesen kann auf diese Weise als Werbemittel angewandt werden, die Krankheit als das, was sie meist ist, eine Folge der kapitalistischen Ausbeutungsmethode.

Die Arbeitslosigkeit muß nach sozialistischen, ökonomischen Grundsätzen erklärt werden, also als eine Folge der planlosen Produktion, die nur den Bedürfnissen des Privateigentums Rechnung trägt und wenn sie in großem Umfang eintritt, eine Folge der Wirtschaftskrise ist. Wie erzieherisch kann eine klare Darstellung über Ursache und Wirkung der Krise sein, wie leicht läßt sich nachweisen, daß nur für den Markt und nicht für die Gesellschaft produziert wird.

In täglich sichtbaren Beispielen kann das ganze Problem der Gütererzeugung und der Güterverteilung den Arbeitern beigebracht werden, sie werden ganz von selbst überzeugungstreue Sozialisten.

Man muß ihnen als Ziel die Beseitigung der Lohnarbeit, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, den Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus zeigen.

Die Aufzeichnung der Klassengegensätze, ihre Entwicklung läßt sich bei der Kennzeichnung der Arbeitgeberverbände, die ja letzten Endes eine Verteidigung ihrer Herrschaft über die Produktionsmittel bedeutet, leicht verständlich erläutern.

Allerdings muß man selbst die Materie beherrschen, selbst in das Wesen des Sozialismus eindringen, rats auf die Theorie zu schimpfen, um seine eigene Dummheit zu verbergen.

Man muß den Gewerkschaftskampf als Klassenkampf gelten lassen, der nur ein Glied, ein Teil des internationalen kämpfenden Proletariats ist, welches überall die gleichen Ziele erstrebt.

Partei und Gewerkschaft sollen einem Ziele zustreben, die Partei hat den Kampf vornehmlich auf politischem Gebiete und die Gewerkschaft hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete zu führen, ihr Kampfziel soll dasselbe sein, die Zielstellung in Partei und Gewerkschaft ist nur eine Arbeitsstellung um den Kampf intensiver und erfolgreicher zu führen. So sollte es sein, ist es aber leider nicht. Beide sollen sich ergänzen und wenn die Verhältnisse es bedingen, gemeinsam bereit sein, zu kämpfen.

Die hier kurz skizzierte Agitations- und Erziehungsmethode kennt man heute in den Gewerkschaften nicht. Wenn Einzelne so verfahren, so ist ihr Einfluß doch unmerklich und auch sie müssen, ob sie wollen oder nicht, sich der herrschenden Richtung anpassen, denn in der herrschenden Methode liegt das System.

Die Theorie ist verpönt, man rühmt sich der Realpolitik, sie ist in der Form, wie sie ausgeübt wird, aber nur bürgerliche Politik.

Eine sozialistische Schulung gibt es nicht, im Gegenteil, sie wird, wo sie sich bemerkbar macht, rücksichtslos unterdrückt und ihre Verfälscher diskreditiert. Die Entwicklung der Gewerkschaften geht unaufhaltsam nach rechts, sie ist schon heute eine rein bürgerliche Bewegung.

Der Geist, der heute in den Gewerkschaften herrscht, und dies gilt natürlich nicht nur für die deutschen Gewerkschaften, muß im Interesse des Proletariats auf das ewigste bekämpft werden.

Wir sollen uns da keinen Illusionen hingeben, daß dies leicht ist, das Uebel ist tief, die jahrzehntelange bürgerlich-proletarische Erziehung ist tief eingewurzelt, sie schält auch noch in Zukunft die Position der Instanzen, die die Maschine in ihrer Hand haben.

Wir müssen die eigentlich den Gewerkschaften obliegende Erziehungsarbeit in unsere Hand nehmen, in unserer politischen Organisation müssen die Kräfte gebildet werden, die dann in den Gewerkschaften eine wahrhaft sozialistische Propaganda betreiben.

Grundfalsch ist die Lehre von der Neutralität, denn sie bedeutet, wenn auch keine Vereinerung des jetzigen Zustandes, so doch eine Verlängerung der geistigen Unmündigkeit. Die Neutralitätstheorie lähmt unsere Kräfte und wirkt hemmend.

Erkennen wir, was ist. Die Haltung der alten Partei hat die Trennung notwendig gemacht, denn sie stellte sich in den Dienst der bürgerlichen Gesellschaft, die Gewerkschaften tun es noch mehr.

Die Stunde der Entscheidung kommt auch hier, holen wir deshalb, solange uns noch Zeit dazu bleibt, nach, was veräumt ist. Formieren wir unsere Kräfte, geben wir ihnen das geistige Rüstzeug, um der bürgerlichen Agitations- und Erziehungsmethode wirksam begegnen zu können.

Aus der Bewegung.

Fünf Jahre waren am Dienstag, den 13. August verflossen, als der Telegraph die Nachricht vom plötzlichen Tode des Genossen Bebel verbreitete. Mit August Bebel schied ein Mann aus der Welt, der an der Wiege der deutschen Sozialdemokratie gestanden und furchtlos und unerschrocken allen Gewalten zum Trotz das Proletariat aufwärts und vorwärts führte. Selten hat ein Mann solch unbegrenztes Vertrauen des Proletariats gehabt wie August Bebel, selten ist aber auch ein Mann von solch kleinen Epigonen abgelöst worden, wie die Scheidemann und Ebert solche sind.

Man hat Bebel in diesen Kriegsjahren oft zitiert nach dieser und jener Richtung hin. Wie er sich bei Kriegsausbruch in dieser oder jener Frage entschieden hätte, wissen wir nicht. Das aber wissen wir, daß er, der alte Kämpfer für die Interessen des Proletariats, der auf dem Dresdener Parteitag erklärte, er bleibe bis zum letzten Atemzug Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, der den Klassenkampf als das A und O unserer Bewegung ansah, daß er sich niemals hätte dazu gebrauchen lassen, als Schleppenträger der Regierung zu fungieren und eine Versöhnungspolitik zu treiben. Dessen sind wir sicher, und in diesem Sinne empfinden wir im Interesse der kämpfenden Arbeiterklasse da. Fehlen eines August Bebel heute doppelt.

Die Berliner Abhängigen kommen nicht recht vorwärts, obwohl sie nach den verschiedensten Richtungen im Vorteil gegen uns sind. Einmal haben sie ein tägliches Blatt, das sie uns geraubt haben, zur Verfügung, dann aber stehen ihnen die vielen Gewerkschafts-, Krankenkassen- und andere Angehörigen, weil vielfach reklamiert, als Mitglieder und Mitarbeiter zur Seite. Dieser Trost erhöht sich noch, wenn die Zahl der Mitglieder, während anderer Mitglieder zu Tausenden im Felde stehen, wie die Todesangelegen in unserem Mitteilungsblatt Woche für Woche swellten, dem Arbeiter ihre Opfer darbringen müssen. Angesichts dieser Tatsache ist es natürlich denen, die im sicheren Bort liegen, leicht eine Durchhaltepolitik zu predigen, die die anderen durchzuführen müssen. Am 18. Juni haben die Abhängigen eine Funktorkonferenz abgehalten, in der über Verhandlungen mit dem Reichsanwalt Payer berichtet wurde. Es wurden Klagen über Erziehungsschwierigkeiten vorgetragen, über das Verhalten der Payer zum Heeresdienst, über die Verhinderung der Wahlrechtsfrage und über die Ostpolitik. Herr von Payer hat die Ausführungen stenographisch aufnehmen lassen und versprochen, nach Möglichkeit für Wünsche zu sorgen. Wegen der Wahlrechtsfrage habe er, mit dem Reichsanwalt nochmals Rücksprache genommen. Herrling habe auf das bestimmteste versichert, daß er mit dem gleichen Wahrecht leben wird. Das sei auch seine Meinung. Es müßten aber erst alle verfassungsmäßigen Verständigungsversuche mit dem Landtag und dem Herrenhaus erschöpft werden.

In der Friedensfrage geschwehe von der Regierung alles, was möglich sei. Um das zu erfahren, hätten die Herren Regierungssozialisten sich den Weg wirklich sparen können. Das war alles längst vorher schon gesagt worden.

Um für Agitationszwecke Gelder zu sammeln, sollen Bonds im Werte von 10 Pf. ausgegeben werden, wovon die Kreiskasse 5 Pf. und die Bezirkskasse 5 Pf. erhalten sollen. — Auch einen Bildungsausschuß wollen die Abhängigen schaffen, zu dem auch die Berliner Gewerkschaftskommission drei Mitglieder stellen soll. Ob die Berliner Gewerkschaften eine solche einseitige Vertretung zulassen werden, wird sich bald zeigen. Bemerkenswert ist, daß die Gewerkschaftskommission während des Krieges, als noch keine Trennung vollzogen war, mit ihren geldlichen Verpflichtungen gegenüber dem Bildungsausschuß im Rückstande blieb und dann ihre Vertreter zurückzog, ohne die restierenden Schulden zu begleichen. Im Vorwärts verbreitet sich Herr Eugen Ernst über die kommenden Proportionalwahlen in Groß-Berlin. Herr Ernst stellt ein Rechenexempel auf, das für die Zukunft vollkommen bedeutungslos ist. Daß er dabei unsere Partei mit einer verächtlichen Handbewegung abtut, als ob wir nicht in Betracht kämen, ist seine Art, er kann nicht dafür.

Die von uns im Mitteilungsblatt abgedruckte Lanbiagsrede Adolf Hoffmanns wird in den Mitteilungsblättern der Abhängigen als eine Kaschismenrede bezeichnet. Unsere Leser haben diese Rede gelesen und können sich selber ein Urteil bilden. Gewiß, so gekünstelt und gedärgelt wie die Reden von Scheidemann, Landsberg oder David ist diese Rede nicht, sie enthält keine Verheerungen nach oben, sondern sie geht der heutigen Politik derh und kräftig zu Seite,

wie die Arbeiter das verlangen. Und deshalb: „Kaschismenrede“. Die Arbeiter werden wissen, was sie von solchen Leuten zu halten haben, die eine wirksame Vertretung ihrer Interessen als kaschismenhaft ansehen.

Von der Presse der Abhängigen. Der bisherige Redakteur der regierungssozialistischen Halleischen Volksstimme, Wendemuth, ist seit dem 1. August in der Märkischen Volksstimme in Kottbus tätig. An Wendemuths Stelle hat der frühere Bezirkssekretär des Bezirkes Halle, Dreßler, die Redaktion übernommen. Dreßler hat sich gerühmt, daß unter seiner Redaktion die Halleische Arbeiterkraft, die durchweg unserer Partei angehört, zu einer anderen Ueberzeugung erzogen werde. Herr Dreßler wird sicher eine schwere Enttäuschung erleben. Die Märkische Volksstimme ist dieser Tage vollständig unter die Vormühsigkeit der Inoffiziellen Handlungsgesellschaft wurde durch eine G. m. b. H. ersetzt und als Teilhaber der Firma wurden die von der Kreisorganisation vorgeschlagenen vier Vertreter und ein Mitglied des Parteivorstandes, und zwar Herr Otto Braun, ernannt. Da, wo die Abhängigen keine Zeitung haben, sind sie eifrig am Werke, den unabhängigen Zeitungen Konkurrenzunternehmen einzurichten. So ist jetzt für Solingen ein Pressefonds geschaffen worden, der dazu bestimmt ist, die Herausgabe eines Solinger Kopfblasses der „Freien Presse“ zu ermöglichen. Es ist erwünscht, daß die unabhängigen Organisationen sich diese Mäßigkeit zum Muster nehmen und auch ihrerseits durch Sammlungen von Pressefonds usw. schon jetzt für die Schaffung einer zahlreichen Parteipresse sorgen.

Aus Baden. Die Berichterstattung über den sogenannten badischen Parteitag, das regierungssozialistische Rebergericht zu Offenburg, zeigt die nämlichen Erscheinungen wie die künftigen Veranstaltungen der Delegiertenwahlen. Gar kein Interesse der Arbeiterkraft an diesem Gaukelspiel der Mannheimer Regierungsräte und ihrer Stahhalter im badischen Rinde. Und manchmal, wenn sich ein Teil der sozialdemokratisch veranlagten Arbeiter zu den Veranstaltungen der Reformatoren einschleudert, bekommt das Ministerium Gels eine ganz unerwartete Wertschätzung. In Konstanz z. B. zog es der Berichterstattende Delegierte Kuer vor, beim Beginn der Aussprache über seinen langweiligen Vortrag sich zu verzählen. Die aus einem starken Duzend bestehende Versammlung ist ohne die übliche Schlichtung auseinandergegangen. Die Regierungssozialisten können nun auch am Bodensee einpaddeln trotz der großartigen Redensarten, welche die „Volksmacht“ über den blühenden Reformweizen verzapfte. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr länger täuschen.

Zu Freiburg i. B. sollte sofort nach dem Offenburg Rebergericht ein abschreckendes Beispiel geliefert werden. Von dort waren nur oppositionelle Delegierte nach Offenburg gewählt worden und nur die amtlichen Bonzen privilegierten Teilnehmerrechts führen nach Offenburg, wo dann der Redakteur und neueste M. d. L., Herr Anton Weichmann, als Reberichter gegen die Andersgläubigen auftrat. Ein gewisser M. L. L. aus Rajant, der sich auch als Mitarbeitervereinsvorstand eignen würde, wollte jedem Sozialdemokraten, der nicht mit Hurra Kriegskredite bewilligt, die Parteizugehörigkeit aberkennen. Das Konzilium lud nun die Freiburger Reber vor ein Gericht, zu welchem der lange Anton aus Mannheim als Oberrichter oder Ankläger erschien, um ein unnoch-sichliches Vorgehen gegen die Freiburger „Unabhängigen“ zu fordern. Das Resultat war eine resultarlos verlaufene Versammlung im Zeichen eines für die Landesregierung zu Mannheim schmerzhaften Kompromisses. Bei lebem noch, der Arbeitersekretär. Und nun soll eine Kreisversammlung als Rebergericht berufen werden. Das kann nicht werden!

Aus dem Kreise Frankfurt-Lebus wird uns berichtet, daß kürzlich mit dem früheren Abgeordneten des Kreises eine Aussprache über die Situation stattgefunden hat, in der dieser seine Auffassung der Dinge vom Standpunkt der Regierungssozialisten darlegte. Sämtliche Genossen des Obertruchs widersprachen der Auffassung des Referenten, sie würdigten die Regierungssozialisten in ihrer Haltung während des Krieges. Sie waren der Meinung, daß für die Arbeiter nur solche Vertreter in Frage kommen könnten, die auch in schwerer Zeit sozialistisch gehandelt und die Internationalität auf ihre Fahne geschrieben haben, die allein den Frieden bringen kann.

In verschiedenen Orten des Kreises bildeten sich Gruppen der Unabhängigen Partei, die sich erstweilichweise ständig haben.

Von der Unterweser. Bremerhaven, Lehe, Geestmünde, Wulsdorf waren vor Kriegsbeginn Orte mit reger Parteibewegung. Die große Mehrheit der Parteigenossen stand auf dem Boden des linken Flügels der Partei. Zu Anfang des Krieges trat das in Bremerhaven erscheinende Parteiblatt „Die Norddeutsche Volksstimme“ in die Opposition zur Politik des 4. August, nachdem diese Opposition sich zu regen begann. Sie suchte darin Schritt zu halten mit der „Bremer Bürgerzeitung“. Immer größerer Umfang gewann die Zahl der organisierten Arbeiter, die mit der Taktik der Regierungssozialisten nicht einverstanden waren. Auch der frühere Reichstagsabgeordnete für Bremen, J. S. Schmalkeldt, mißbilligte diese Taktik aufs schärfste. Das verdroß die Gewerkschafts- und Parteigenossen, die wie überall in ihrer Mehrheit sich hinter Parteivorstand, Parteiauschuß und Fraktionsmehrheit stellten, natürlich nicht wenig. Sie atmeten auf, als Genosse Borb, der Redakteur der „Volksstimme“, den die „Bonzen“ unangeführt, aber mit zunehmender Erfolglosigkeit bis zur Unfähigkeit gekämpft hatten, zum Heeresdienst eingezogen wurde. Sein Nachfolger in der Redaktion war ein Regierungssozialist, ein willkürliches Werkzeug in den Händen insbesondere eines gewissen Brandes, der auf Reklamation von der so emphatisch verteidigten Pflicht der Vaterlandverteidi-

gung bestrebt wurde und es nun unternahm, für den Regierungssozialismus zu retten, was noch zu retten war. Zwar erklärten die Arbeiter, als ihnen mit langen Artikeln zugunsten der Politik des 4. August zugeführt wurde, wenn das weiterhin geschehe, würden sie die Zeitung abbestellen. Das, was halbs? Die Bürokratie der Partei, Gewerkschaften und des Konsumvereins hatte Oberwasser bekommen und septe — wenn auch nicht mehr so plump und ausbringlich, wie zu Anfang in der Zeitung — das Belehrungswort fort. Durch Demunziationen suchten sie sich — wie anderswo auch — ihre Widersacher matuzufetzen, womit sie denn auch mehr Erfolg hatten, als mit den Versuchen, die Masse der noch vorhandenen Arbeiter der Unterweserorte auf ihre Seite zu bringen. Die „Norddeutsche Volksstimme“, Eigentum des Sozialdemokratischen Vereins Bremerhaven wurde mit Hilfe des Parteivorstandes zum Kreiseigentum gemacht. Indem man sich nun auf die ländlichen Orte stützen kann, hofft man den Raub für alle Zeit in Sicherheit gebracht zu haben. Wo aber, wie in B o s b e d (im 19. hannoverschen Reichstagswahlkreis), wo mit Unterstützung von Hamburg her ein eigenes Versammlungslotol unterhalten wurde und ein Agitationsleiter eingesetzt war, durch eben diesen letzteren in Treue zu den Grundsätzen Widerstand geleistet wurde, sucht man sich zu helfen, indem nun auch jenes Versammlungslotol zum Eigentum des Kreises und damit zum Verwaltungssapparat des Kreisvorstandes gemacht wird. Leider haben die Genossen, die tatsächlich längst auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen, sich von dem Phantom der Erhaltung der Parteinheit narren lassen. Nur in Wulsdorf haben ein Anzahl von ihnen den Schritt getan, der auch in Bremerhaven, Geestmünde und Lehe getan werden muß: sie haben sich von den Regierungssozialisten getrennt und sind unserer Partei beigetreten. Viel ist an der Unterweser veräumt worden und manches hätte für die Unabhängige Sozialdemokratie gerettet werden können, wenn man nicht immer wieder lag gehofft und geharrt sondern energisch und zielbewußt gehandelt hätte. Doch nun sind die Dinge auch dabei soweit gediehen, daß ferneres Hoffen und Harren von vielen als Schmach empfunden wird. Allen Schwierigkeiten zum Trotz wird sich auch ein Weg finden, auf dem es gelingt, alle jene ins Lager des Grundjahrreuen Sozialismus zu führen, die nur mit Zorn und Wutwällen noch mit den Regierungssozialisten im Rahmen der alten Organisation verbleiben, obwohl sie längst zu uns gehören, oder die gar völlig jeder Organisation entzogen und sich „abwartend“ in den Schmollwinkel zurückgezogen haben. Es ist die höchste Zeit, daß endlich gehandelt wird; schmollen, abwarten oder sich nicht kar und ohne jede Rücksicht, als die auf die Hochhaltung unserer Grundätze, entscheiden, heißt wie den Regierungssozialismus, so die schmutzigen Feinde der Klassenbewussten Arbeiterkraft unterstützen. Frisch und ungesäumt ans Werk also, Genossen und Genossinnen von der Unterweser!

Seht nur, wie die Regierungssozialisten rüsch sind. Anfang Juni hielten sie eine Kreisgeneralversammlung ab. Sie waren dabei ganz unter sich, da ihre Gegner es abgelehnt hatten, sich an dieser Romödie zu beteiligen. Unter diesen Umständen fand der zum Schein gestellte Antrag, „Das Eigentumsrecht an der „Norddeutschen Volksstimme“, das bisher den Ortsgruppen der Unterweserorte (d. h. einer zahlreichen Industriearbeiterschaft) gehörte... dem Kreiswahlverein zu übertragen“ Annahme. Auch ein neuer Reichstagslandbot für den 19. hannoverschen Wahlkreis wurde anstelle des verstorbenen Haverkamp aufgestellt: der Vorsitzende des Böttcherverbandes A. Winkelmann, ein Pfratzen erster Ranges. Seine Programmrede machte nach der Darlegung, die vor einigen Tagen in einer Mitglieder-versammlung in Lehe davon gegeben wurde, tiefen Eindruck. Man denke, auf die völlig „rein“ gestellte Kreisgeneralversammlung!

Wichtiger noch ist, daß die Regierungssozialisten die Beiträge erhöht haben, daß sie in Wulsdorf eine Ortsgruppe gründeten, kurz, sich tüchtig rühren wollen. Da gilt es für alle, die nicht mit ihnen übereinstimmen können, ja, die sie, wie wir wissen, aus guten Gründen verachten, gleichfalls energisch und schleunigst zu handeln. Noch ist es nicht zu spät! Aber nochmals: es ist die höchste Zeit!

Aus dem Gewerkschaftsleben.

Eine Generalversammlung des Schneiderverbandes (Fakale Berlin) nahm am 7. August Stellung zum Verbandstag in Gotha und zur Wahl der Ortsverwaltung. Zum ersten Bevollmächtigten wurde Künze mit 198 Stimmen gewählt, zum dritten Bevollmächtigten Wolff, Herrmannshänel, mit 179 Stimmen. Zu einer lebhaften Aussprache führte die bevorstehende Gothaer Tagung. Von allgemeinem Interesse ist, daß auch hier die Politik der Generalkommission heftig angegriffen wurde. Eine Reihe Redner wendete sich mit aller Entschiedenheit gegen die von der Generalkommission und den Zentralvorständen betriebene Politik des 4. August, die eine Kollaterale der Arbeiterorganisationen von ihrem bisher vertretenen Wege bediente. Das A und O einer modernen Arbeiterorganisation müsse sein, den Mitgliedern Klarheit über unsere kapitalistische Produktionsweise zu schaffen und ihnen zu zeigen, daß in einer Klassengesellschaft der Klassenkampf geführt werden müsse, den führe man aber nicht durch „Volksstärke“ für Freiheit und Vaterland“ und durch die Versöhnungspolitik der Generalkommission. Bei der Abstimmung wurde eine Entschliekung gegen die Politik der Generalkommission und der Zentralvorstände gegen wenige Stimmen angenommen.

Angenommen wurde ferner ein Antrag den Rat alle zwei Jahre durch Kräftstimmung der Mitglieder neu zu wählen und der ferner von Wulsdorf aus dem „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ fordert. Nur wenige Stimmen erheben sich dagegen.

Für unsere Jugend.

Jugend und Politik.

II.

Es wird uns entgegengehalten, daß der Krieg, der alle die hier herangezogenen Tatsachen — die Aufhebung der Jugendschutzgesetze, die größere Ausbeutung der Jugend, den Sparzwang, die Militarisation der Jugend, die Einschränkung der Freizügigkeit usw. — geschaffen hat, einmal ein Ende haben wird. Die außergewöhnlichen Umstände wären kein Grund, die Jugend auf die politischen Dinge zu stoßen oder in den Kampf des öffentlichen Lebens hineinzuziehen.

Das ist aber nur die Sprache derjenigen, die nicht sehen wollen, was ist und was wird. Es ist eine arge Täuschung, daß sich das Rad der Entwicklung zurückdrehen lasse. Im Gegenteil, es wird, einmal in Schwung gebracht, noch schneller laufen als bisher. Die Produktivkräfte, die der Krieg zur höchsten Entfaltung gebracht hat, lassen sich in der heutigen Gesellschaft nicht mehr regeln. Das Unternehmertum ist gezwungen, das in neuen Fabriken, Maschinen und Werkzeugen festgelegte Kapital nutzbringend zu verwerten. Die in den Arbeitsprozeß in größerem Maße hineingezogenen Jugendlichen und Frauen werden dann mehr wie je gebraucht, hauptsächlich auch, weil sie unter anderen Verhältnissen billigere und willigere Arbeitskräfte wie die Männer darstellen.

Dazu kommt, daß aus den verschiedensten Gründen nach dem Kriege der kapitalistische Betrieb rationeller arbeiten muß. Das heißt mit anderen Worten, daß nicht nur die Ausbeutung bleibt, sondern daß sie größer werden wird. Schon jetzt geht die Industrie dazu über, das Kontrollsystem für die Arbeiter weiter auszubauen. Heute schon müssen Lehrlinge besondere Kontrollzettel ausfüllen, die über jede Viertelstunde ihrer Tätigkeit dem Arbeitgeber gegenüber Rechenschaft ablegen.

Das und vieles andere sieht nicht danach aus, daß die Ausbeutung abgebaut wird. Uns erwartet im Gegenteil eine vermehrte Anspannung und Ausnutzung der Arbeitskraft. Demgegenüber würden die Jugendschutzbestimmungen wie ein Hohn wirken. Sie waren ja schon vor dem Kriege nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. In Wahrheit hätte also die Jugend trotz Anwendung der Schutzbestimmungen gar keinen wirklichen Schutz, sondern sie wäre der Ausbeutung schutzlos preisgegeben. Dieser wichtigen Frage würde also die Jugend nach dem Kriege genau wie heute gegenüberstehen. Sie müßte einen wirksamen Jugendschutz verlangen und würde damit in das Getriebe des politischen Lebens geraten.

Wie steht es aber mit den anderen Fragen, die jetzt im Kriege die Jugend mit der Politik zusammenbringen? Sie werden, weil die Dinge sich weiter entwickeln und zuspitzen, nicht verschwinden, sondern noch klarer und bestimmter hervortreten. Der Staat wird, durch die Erfahrung des Krieges angeregt, auf alle Fälle die Militarisation der Jugend durchführen. Nicht nur aus militärischen, sondern besonders aus innerpolitischen Gründen. Die bürgerlichen Parteien sind sich übrigens in der Hauptsache darüber schon einig. Aus denselben Gründen wird die Fortbildungsschule später im Sinne der einseitigsten politischen Beeinflussung weiter ausgebaut. Wenn aber die Militarisation und die Fortbildungsschule die Jugend schon vollständig in ihrer Freizeit belegen, will man dann noch von einer Freiheit der Jugend reden? Die Jugend wird nicht einmal die Zeit finden, um nachzudenken über ihre wirkliche Lage. Sie wird sich also gegen diese Gesetzgebung, die solche Folgen für sie hat, wehren und darum auch die politischen Dinge anfassen müssen.

Schon diese wenigen Punkte genügen, um zu zeigen, daß später die Jugend genau wie heute der Gesetzgebung und allen politischen Dingen gegenüber steht.

Aber die Jugend wird ja nicht nur von den Gesetzen und Dingen berührt, die besonders für sie bestimmt sind. Wir denken da nur an die gewaltigen direkten und besonders indirekten Steuern, die aufgebracht werden müssen für die Verzinsung der Kriegsanleihen. Die Ju-

gend wird davon ebenfalls betroffen. Wird die Jugend nicht ebenso wie die Alten von der Teuerung erfasst, die noch lange, sehr lange nach dem Kriegsende anhalten wird?

So sehen wir auch hier, daß die Jugend ein Interesse an der Gestaltung der Gesetzgebung haben wird. Und wenn die Jugend in allen den Fragen, die sie besonders berühren, nicht tatlos zusehen wird, dann ist es doch selbstverständlich, daß sie auch bei den gemeinsamen Interessen, die sie mit den Alten hat, ihren Mann stehen wird.

Alles in allem: Die Zukunft wird zeigen, daß sich die Klassegegensätze, die Ausbeutung der Arbeiter und besonders der Jugend noch verschärfen werden. Deshalb wird auch die Jugend noch mehr wie heute in den Strudel des politischen Lebens hineingezogen werden. Sie muß und wird darum zu den politischen Dingen Stellung nehmen und wenn sie etwas erreichen will, auch selbst handeln.

Die Jugendbewegung im Reich.

Die Agitation unter der Jugend im Reich trägt ihre Früchte. Aus allen Ecken unseres Landes melden sich die Jugendvereine und einzelne Jugendgenossen, die, durch das Beispiel der Berliner Jugend angeregt, praktische Jugendarbeit leisten wollen. Selbst Orte, in denen der Klärungsprozeß noch nicht so weit vorgeschritten ist, in denen noch die „Arbeiterjugend“ aus Mangel an einer anderen Jugendzeitung geleitet wird, suchen unsere Verbindung. Und die Wünsche, die an uns gelangen, sind so reichlich, daß sie im Augenblick nicht alle befriedigt werden können.

Vor allem tritt das Bedürfnis nach einer Jugendzeitung hervor. Hier werden Statuten verlangt, dort will man unsere Grundsätze kennen lernen, um sich zu informieren und Stellung zu nehmen. Dort wieder verlangt man Richtlinien für die praktische Jugendarbeit. Aber auch einzelne Jugendausschüsse aus der guten alten Zeit melden sich, die ihre Jugendarbeit noch in altgebrachter Weise verrichten. Auch treten verschiedene Auffassungen über die Jugendarbeit selbst hervor.

Zur Klärung aller dieser Fragen hat schon an verschiedenen Orten eine Diskussion eingesetzt. Auch wir halten es in erster Linie für notwendig, daß überall eine Aussprache über die grundsätzlichen Fragen unter der Jugend stattfindet, damit Klarheit geschaffen wird. Nichts wäre verkehrter für eine gemeinsame Arbeit, die „unter Verwischung oder Juridikalisierung wesentlicher Gegensätze auf Grund einer unklaren Parole stattfindet.“ „Keine Sammlung ohne Einheit der Anschauungen.“ Das soll nicht heißen, daß über jede Frage untergeordneter Bedeutung eine einheitliche Auffassung erreicht werden muß. Das kann und braucht es nicht zu geben. Aber über die grundlegenden Fragen, wie über die Selbständigkeit der Jugend, über die Befreiung der Jugendausschüsse — auch wenn diese der Jugend die größte Selbständigkeit und Betätigung lassen —, über die selbständige Arbeit der Jugend in den Jugendheimen, über die Stellung der Jugend zu den politischen Dingen, über die Befreiung der Altersgrenze in dem Sinne, daß die Jugendbewegung als Glied der Arbeiterbewegung kein Ersatz für die Partei, also keine eigene politische Partei sein kann, über alle diese Fragen muß unter den Jugendgenossen eine einheitliche Ansicht bestehen. Nur auf Grund dieser Auffassung kann eine gemeinsame Arbeit, die von Dauer sein soll, stattfinden.

Der Sparzwang für Jugendliche.

Das Oberkommando in den Marken hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es unter anderem heißt:

Die zahlreichen Anträge auf Auszahlung von Sparguthaben veranlassen mich, den sparsparen Wochenverdienst der Jugendlichen auf 36 Mark zu erhöhen. Da die verschiedenen seit dem ersten Erlaß der Verordnung über den Sparzwang für Jugendliche vom 18. März 1916 notwendig gewordenen Abänderungen diese unübersichtlich zu machen drohen, so erscheint eine neue Bekanntmachung angebracht. Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Besetzungszustand vom 4. Juni 1851 wird daher für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg bestimmt:

An jugendliche Personen beiderlei Geschlechts darf bis zu ihrem vollendeten achtzehnten Lebensjahre von ihrem baren Arbeitsverdienst, gleichgültig, ob dieser nach Zeilohn, Stücklohn oder auf andere Weise berechnet ist, für jede Woche nicht mehr als sechsunddreißig Mark und außerdem ein Drittel des sechsunddreißig Mark übersteigenden Betrages ausgezahlt werden. Dabei sich ergebende Beträge von weniger als eine Mark sind ebenfalls bar auszuzahlen.

Der nach § 1 nicht auszuzahlende Teil des baren Arbeitsverdienstes ist vom Arbeitgeber binnen 5 Tagen nach jedem Lohnabchnitt bei einer öffentlichen Sparkasse auf den Namen des Jugend-

lichen auf ein Sparlassenbuch mit der Maßgabe einzuzahlen, daß über das Guthaben während der Dauer des Kriegszustandes nur mit Zustimmung des Gemeindevorstandes des jeweiligen Aufenthaltsortes des eingetragenen Inhabers verfügt werden darf. Das Sparlassenbuch bleibt in Verwahrung und Verwaltung der Sparkasse. Ueber den an die Sparkasse abzuführenden Betrag hat der Arbeitgeber dem Jugendlichen bei der Lohnung eine Bescheinigung zu erteilen, aus der sich ergibt, an welche Sparkasse der Betrag abgeführt wird. Der Jugendliche ist ferner berechtigt, bei dem Arbeitgeber monatlich einmal den Nachweis über die erfolgte Einzahlung an die Sparkasse einzusehen. — Nach vollendetem achtzehnten Lebensjahre ist der Jugendliche berechtigt, von der Sparkasse eine einmalige schriftliche Auskunft über die Höhe seines Guthabens zu erfordern.

Tritt ein Jugendlicher in das Heer ein, so sind ihm auf seinen Antrag von der Sparkasse gegen Vorzeigung des Wehrdienstbescheides einmaltig bis zu fünfzig Mark von seinem Guthaben auszuzahlen. Zu weiteren Auszahlungen nach der Entlassung in das Heer ist die schriftliche Zustimmung des Truppenteils erforderlich und genügend, bei Urlaub die des Gemeindevorstandes des Urlaubsortes.

Richard Rehbock †

Wieder hat dieses furchtbare Völkerringen einen unserer tätigsten Genossen aus den Reihen der proletarischen Jugendbewegung dahingerafft: Richard Rehbock. Am 15. Juli wurde er durch einen Granatplitter so schwer verwundet, daß er in der folgenden Nacht seinen Verletzungen erlag. Er hat ein Alter von 23 1/2 Jahren erreicht. Schon nach der Schulentlassung sah er sich Rehbock der freien Jugendbewegung an. Seiner Fähigkeit entsprechend, wurde er mit verschiedenen Funktionen betraut. Als der Posten des Jugend-Sekretärs frei wurde, ernannte ihn die Berliner Jugend ehrenamtlich dazu. Trotz der großen Arbeit fand er doch noch Gelegenheit, die Väden der Volksschulbildung auszufüllen und zeigte häufig, daß er denen weit überlegen war, welche an der Bewegung nur teilnahmen, nicht organisatorisch mitarbeiteten. Im April 1917 wurde er zum Militär einberufen. Aber auch dort verfolgte er alle Vorgänge in der Jugendbewegung. Seine größte Freude war der Zusammenschluß der beiden oppositionellen Jugendvereine. Wir können unseren letzten Freund nur so ehren, wenn wir wie er mit unserer ganzen Persönlichkeit für die Sache der Jugend eintreten.

Rudolf Reich †

Ein neues Opfer des Völkerringens. Rudolf Reich ist am 15. Juli im Westen gefallen. 19 1/2 Jahre ist er alt geworden. Ende 1914 trat Reich der Arbeiterjugend bei, wurde bald Expedient und vertrat lange Zeit 3 Bezirke im Süden. Bei der Trennung der Opposition von der „Arbeiterjugend“ blieb Rudolf auf unserer Seite. Er wurde später zum Hauptexpedient der „Vereinigung Arbeiterjugend“ gewählt. Im Felde zeigte er das regste Interesse für die Vorgänge in der Jugendbewegung. Nun hat sein Herz aufgehört zu schlagen.

Hans Zimmerlich †

Und wieder einer. Der Weltkrieg fordert unsere Besten. Zimmerlich wurde im Oktober 1916 zum zweiten Male eingezogen. Borden war er wegen seines Limagen- und Herzleidens vom Militär entlassen worden. Am 22. Mai erkrankte er an der Ruhr und am 4. August starb er in einem Feldlazarett. Wenige Stunden vor seinem Tode besprach unser Freund noch Zukunftspläne mit seiner jungen Lebensgefährtin. Er dachte noch nicht ans Sterben. Dem Vater, den man ihm vor seinem Tode schickte, winkte er mit Enttäuschung ab. Ein Kämpfer war er bis zum letzten Augenblick.

Unsere Jugendheime.

Berlin, Brunnenstraße 57, S. part. (Geöffnet: Bochentags 7—10 Uhr abends, Sonntags 6 bis 10 Uhr abends.)

Berlin, Königsbergerstr. 7, vorn I. (Bochentags 6 bis 10 Uhr, Sonntags 7—10 Uhr.)

Reinickendorf, Amendestr. 79, vorn part. (Dienstags und Donnerstags 7—10 Uhr, Sonntags 4—10 Uhr.)

Lichtenberg, Doffestr. 2, vorn. (Dienstags und Freitags abends.)

Friedrichshagen, Schornweberstr. 59, Hof geradezu. (Mittwochs und Sonnabends 8—10 Sonntags 7—10 Uhr.)

Mariendorf, Ringstr. 83, vorn part. (Mittwochs und Sonnabends 8—10, Sonntags 5—10 Uhr.)

Schöneberg, Gleditschstr. 19, vorn part. (Mittwochs und Donnerstags 8—10, Sonntags 6—10 Uhr.)

Berantw. Redakteur: G. Leid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 88-89.